

Kurzmeldungen 01/2020

CDU für Aufrüstung und für mehr Auslandseinsätze

Am 7. 11.19 hat Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Universität der Bundeswehr in München eine programmatische Rede gehalten. Darin heißt es: „Wir Deutschen haben eine Pflicht und vor allem ein Interesse, uns in diese internationalen Debatten einzubringen, sie voranzutreiben. [] Wir sind die Handelsnation, die von internationaler Verlässlichkeit lebt. Wir sind neben China führend in der internationalen Containerschiffahrt - und auf freie und friedliche Seewege angewiesen. [] Derzeit schwinden aber in den USA der Wille und die Kraft, überproportionale Beiträge zu leisten. Und deswegen sind wir für die Zukunft gefordert, wie andere auch, die für eine verlässliche und freiheitliche Ordnung eintreten. []

Wir sprechen von unserer <Kultur der Zurückhaltung>, verweisen auf alle möglichen Rücksichtnahmen und Zwänge. Dabei haben wir allen Grund, mutiger zu handeln. Es ist an der Zeit, dass wir daraus die Kraft und das Selbstvertrauen schöpfen, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten die Welt und unsere Zukunft stärker zu gestalten. Wenn wir den Mut haben, diese Rolle der Gestaltungsmacht anzunehmen, wird das ein Gewinn für uns alle sein.“

Damit greift AKK die Pläne in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 und im Bundeswehr-Weißbuch 2006 wieder auf.

Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012615.html>

Eine Alternative dazu könnte die Unterstützung von Friedensinitiativen sein. Die kat. NGO "Sant Egidio" beendete den Bürgerkrieg in Mozambique. Der Friedensforscher Prof. Dr. Johan Galtung und sein "Transcent"-Team haben in mehr als 50 internationalen Konflikten vermittelt und z.B. in Mittelamerika einen langjährigen Krieg zuende gebracht.

Organisationen wie "Nonviolent Peace Force" (NPF) erarbeiten in Asien und Afrika lokale und überregionale Waffenstillstände mit Konfliktparteien und schützen Frauen vor Vergewaltigungen. Gruppen wie "Peace Brigades International" (PBI) begleiten z.B. in Kolumbien gefährdete Personen aus dem Bereich Menschenrechte und Gewerkschaften, was vielfach Gewalttäter zurück hält, geplante Morde auszuführen. In diesem Jahr feiert der Zivile "Friedensdienst" (ZFD) sein zwanzigjähriges Jubiläum. Mehr als 1400 ausgebildete Friedensfachkräfte waren in mehr als 60 Staaten der Erde bereits im Einsatz, derzeit aktuell 323 Personen in 42 Staaten, die sowohl in der Konfliktprävention, der akuten Konfliktbearbeitung sowie in der Konfliktnachsorge im Einsatz sind.

In den letzten Jahrzehnten hat auch die OSZE vielfach Kriege verhindert, in dem sie präventiv zum Beispiel im Baltikum tätig wurde oder aktuell in der Ukraine im Donbass durch ihre Präsenz für Deeskalation sorgt.

Quelle: Clemens Ronnefeldt, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012608.html>

Annegret Kramp-Karrenbauer beharrt in ihrer ersten Grundsatzrede als Verteidigungsministerin auf der Steigerung deutscher Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Obwohl Olaf Scholz, so der „Spiegel“, dies aus der Vorhabenliste der Groko gestrichen hat. Es habe bei dem Thema zwischen Annegret Kramp-Karrenbauer und Olaf Scholz so sehr gekracht, dass das Kanzleramt eingreifen musste.

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article203196780/Groko-Worum-es-bei-Kramp-Karrenbauers-Alleingaengen-wirklich-geht.html>

Gewaltfreiheit nach Gandhi

Das heutige Selbstverständnis im Westen beherrscht uns seit der Zeit der industriellen Revolution. Dank Erica Chenoweth' und Maria Stephans bahnbrechender Untersuchung *Why Civil Resistance Works* und einer Welle von Untersuchungen von Wissenschaftlern und Aktivisten der Gewaltfreiheit aus ihren unterschiedlichen Blickwinkeln das veraltete Paradigma angehen können.

Rabbi Michael Lerner weist in seinem neuem Buch „*Revolutionary Love*“ auf eine wesentliche Eigenschaft des Menschen hin: Wir haben tiefe sowohl spirituelle als auch materielle und emotionale Bedürfnisse. Diese werden nicht nur vernachlässigt, sondern in unserer gegenwärtigen Kultur wird nicht einmal ihre Bedeutung erkannt. Lerner weist darauf hin, dass diese Bedürfnisse "von der Rechten manipuliert und von der Linken ignoriert" werden.

Daniel Hunter wirft in seinem zeitgemäßen und praktischen „*Climate Resistance Handbook*“ einiges Licht auf diese Frage. Das Werk ist eine hervorragende Quelle; der Verfasser stellt es zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. Angesprochen sind damit alle, die kürzlich die Leugnung des Klimawandels verworfen haben. Der Untertitel lautet: Ich habe an einer Klimaaktion teilgenommen. Und was weiter? Hunter spricht von einer Frustration, die viele von uns erfahren haben: Wie schwer ist es doch, Politiker dazu zu bringen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen! Er schreibt: Ein Politiker ist wie ein an einem Felsen festgebundener Ballon. Man kann ihn ein wenig nach rechts oder links bewegen (gewöhnlich nicht einmal das), aber das genügt selten dafür, eine Änderung zu bewirken.

Was sollen wir also tun? "Den Felsen bewegen!" Der Felsen wird bewegt, wenn Menschen dazu gebracht werden, ihren Wertvorstellungen gemäß zu handeln. Der Felsen hat, wenn man so will, ein Grundgestein. Das ist das eben erwähnte allgemeine Paradigma oder die allgemeine Story. Wie Donald Gerbner von der Annenberg School for Communication and Journalism bekanntermaßen sagte: "Einer, der die Storys einer Kultur beherrscht, braucht sich keine Sorgen darum zu machen, wer die Gesetze macht." Die verstorbene glänzende britische Philosophin Mary Midgley nannte die Zeit, die wir durchlaufen, und den Grund für die Tatenlosigkeit hinsichtlich des Klimas "einen Begriffsnotfall".

Wenn ein Mensch - oft unbewusst - glaubt, dass andere Menschen wirklich "andere" sind, dass wir voneinander getrennte materielle Wesen sind, die sich auf Wettkampf und schließlich auf Gewalt einlassen müssen, dann wird es möglich, den Menschen einzeln, systemisch und schließlich auch strukturell auszubeuten. Dieser Glaube ist ein fundamentales Dogma der alten Story; die Reklame greift es begierig auf: "Du hast keine inneren Ressourcen, du musst unbedingt X kaufen!" und Politiker manipulieren damit: "niemand vertritt deine Interessen und du bist von Feinden umgeben, die nur mit Gewalt von dir ferngehalten werden können."

Die "neue" Story, die sich seit einiger Zeit Gehör zu verschaffen versucht, enthält die genau entgegengesetzte Sichtweise: Wir sind spirituelle Wesen, die sich entwickeln; alles Leben ist ein in sich verbundenes Ganzes - in Wirklichkeit ist das Leben eines. Wir und der Planet gehören zu einem in sich verbundenen System: Wenn wir andere verletzen, verletzen wir uns selbst.

Wir wissen seit 1988, dass unser Gehirn "Spiegelneuronen" enthält. Diese reflektieren genau, was wir andere tun sehen, und sie sorgen dafür, dass wir das empfinden, was andere erfahren.

Der Neurowissenschaftler Marco Iacoboni schreibt: "Wir haben eine tiefe Verbundenheit mit anderen Menschen entwickelt. Das bedeutet unter anderem: Auch wenn wir denken, Schmerz wäre eine grundsätzlich private Erfahrung, behandelt unser Gehirn fremden Schmerz doch als eine Erfahrung, die wir mit anderen gemein haben." Wenn wir diese und

andere Einsichten einer neuen Story zum "Grundgestein" unseres Selbstbildes machen könnten, wären die meisten schädlichen Haltungen und Grundsätze, die psychischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Schaden anrichten, obsolet.

Hier ein Beispiel aus unserer Zeit: Der Präsident steht im Augenblick der Aussicht seiner längst fälligen Amtsenthebung gegenüber. Falls/wenn sie durchkommt, können wir beginnen, unsere nationale Selbstachtung zurückzugewinnen, denn wir stehen schlimm angeschlagen vor der Weltgemeinschaft da. Wenn die Menschen ihn jedoch zum Sündenbock für das katastrophale Versagen eines inzwischen tief eingewurzelten Systems machen, dann wird das weder ausreichen noch wird es nachhaltig sein. Wie Mike Lofgren kürzlich in Truthout geschrieben hat: "Seit 1980 können wir beobachten, wie die Kulturindustrie ihn geduldig Stück für Stück zusammensetzt. Die Medienszare begreifen, dass seine fingierte Rolle die verbotenen Wunschprojektionen von Millionen psychisch verklemmter und verbitterter Individuen verkörpert."

Wenn sich genügend Amerikaner nicht von der Sündenbock-Strömung mitreißen lassen, sondern dauerhaftere Veränderungen erzwingen wollen, mit deren Hilfe die Angriffe auf die Demokratie durch Citizens United, Ausschluss von Wahlen und Betrug der Wähler durch ausländische und inländische Einmischung abgewehrt werden können, sodass wir wenigstens zum Pariser Abkommen zurückkommen, wenn nicht gar einen Grünen New Deal abschließen - dann werden wir "den Felsen bewegen".

Gandhis Hintergedanke bei allem war, das Menschenbild zu heben. Wenn er sagte, alle seine Aktivitäten rührten von seiner "unersättlichen Liebe zur Menschheit" her, ist das nur eine Art und Weise, Liebe auszudrücken. Diese Liebe war die Motivation, die sein Handeln auf allen Lebensgebieten antrieb, von der Spiritualität über die Gesundheitsversorgung bis zur politischen Freiheit. Damals waren die Inder durch die Illusion ihrer Hilflosigkeit vor den britischen Bajonetten eingeschüchtert. Viele Amerikaner fühlen sich wegen unseres entwürdigenden kulturellen Narrativs hilflos und wegen derer, die es zynischerweise für das benutzen, was sie für ihren eigenen Vorteil halten.

Der verstorbene Marshall Rosenberg, der Gründer der gewaltfreien Kommunikation (die sich natürlich mit der Gewaltfreiheit im engeren Sinn überschneidet) formulierte Schritte. Das wurde dann in vielen Gesprächen mit Freunden und Kollegen ausgefeilt.

Gehe bei allen deinen Interaktionen freundschaftlich mit den Menschen um. Widerstehe der Einflüsterung der sozialen Medien, die uns voneinander trennen wollen; das nützen Unterdrücker gerne aus. Finde heraus, welche deiner besonderen Fähigkeiten ein dringendes Bedürfnis oder gar mehrere, die in der Gesellschaft vorhanden sind, erfüllen können, und werde aktiv. Wenn du Kenntnisse über Gewaltfreiheit erwirbst, wird dir das dazu verhelfen, damit erfolgreich zu sein. Überall, wo du die Möglichkeit dazu hast, erkläre, warum du tust, was du tust: Erzähle deine eigene Version der neuen Geschichte. Ein Paradigma ändert sich nicht von selbst, auch wenn es noch so würgend und gefährlich geworden ist. Es kann sich ändern, wenn eine attraktive Alternative bereitsteht und wenn Menschen es hier, dort und überall in aller Stille unterstützen.

Quelle: Metta Center for Nonviolence, Michael Nagler ist emeritierter Professor der klassischen und vergleichenden Literatur der University of California, Berkeley. Dort hat er das Friedens- und Konfliktforschungs-Programm mitbegründet. Außerdem ist er Gründer des Metta Center for Nonviolence und Autor des preisgekrönten Buches Search for a Nonviolent Future. Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler

Quelle: Waging Nonviolence . Originalartikel: Planet Earth is too big to fail .

<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012655.html>

„Brexit-Wahlen“ in GB

Boris Johnson hat gewonnen und die Labour-Partei in eine Krise gestürzt, von der sie sich auf Jahre hinaus nicht erholen wird. Er hat, als erster Konservativer, die rote Labourwand in der Mitte und im Norden Englands durchbrochen und Wähler auf seine Seite gezogen, deren Abneigung gegen Konservative angeboren schien. Er hat nahezu alle Polit-Rebellen, auch in den eigenen Reihen, aus dem Weg geräumt, die sich seinem Brexit-Kurs entgegenstimmten.

Mit diesem Wahlergebnis hat sich Großbritannien in den wachsenden Klub jener Länder verabschiedet, die demokratischen Wettstreit, die Suche nach Kompromissen und faktenbasierte Entscheidungsfindung bestenfalls noch als lästige Pflichterfüllung begreifen. An ihre Stelle sind nun das Recht des Stärkeren, die Macht der Lüge und die Eliminierung von Widerspruch um jeden Preis getreten. Donald Trump sieht es mit Wohlwollen. Er hat seinen Teil dazu beigetragen, die Briten vom alten Kontinent loszueisen. Er wird weiter lustvoll daran arbeiten. Und mit Boris Johnson hat er einen jetzt ungeheuer mächtigen Verbündeten, der ihm nicht nur äußerlich ähnlich ist.

Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/grossbritannien-wahl-boris-johnson-hat-alle-gegner-besiegt-kommentar-a-1301152.html> , 13.12.19

Schutz der indigenen Völker

Der Vizepräsident des Amazonas-Netzwerks Repam und einer der Vorsitzenden der Amazonas-Synode, Kardinal Pedro Ricardo Barreto aus Peru, forderte die Abgeordneten des Europaparlaments in Straßburg am 27.11.19 auf, die ILO Norm 169 zeitnah ratifizieren. Die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen ist das einzige international verbindliche Abkommen, das die Rechte der ursprünglichen Völker schützt. "Internationaler Druck ist notwendig, damit die Rechte der indigenen Völker, ihre Territorien und ihre Kultur umfassend anerkannt, geschützt und gefördert werden", erläuterte Kardinal Barreto. Die indigenen Völker seien mit ihrer Art zu leben echte Umweltschützer.

Ein starker UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von Unternehmen soll von der internationalen Treaty Alliance erarbeitet werden. So werden Änderungen des EU-Freihandelsabkommen mit Peru, Kolumbien und Ecuador gefordert, weil die sozial-und umweltrechtlichen Regelungen des Vertrags missachtet werden, sowie Änderungen im EU-Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay), das nur ratifiziert werden darf, wenn darin Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz Vorrang vor Investorenrechten haben.

Quelle: pax christi 29.11.19, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012652.html>

Konflikt um einen Lithium-See in Bolivien

Im Südwesten Boliviens erstreckt sich der Salar de Uyuni, mit mehr als 10.000 km² Fläche mit dem größten Salzsee der Welt mit großen Mengen von Lithium. China kontrolliert bisher den Markt. Als Peking 2010 Exportquoten ankündigte, schossen die Preise kurzzeitig in astronomische Höhe. Bei Lithium gibt es bisher nur drei große Förderländer: Australien, Chile und Argentinien. Diese drei Staaten stehen für fast 90 Prozent der Weltproduktion.

Im November 2019 wurde das über eine Laufzeit von 70 Jahren geplante deutsch-bolivianische Joint Venture zur Lithiumgewinnung beendet. Zuvor hatte ein bolivianischer Politiker gesagt, die Regierung habe das Projekt zwischen der Firma ACI Systems Alemania (ACISA) aus Baden-Württemberg und dem bolivianischen Staatsunternehmen

YLB für beendet erklärt. Luis Alberto Echazú, Vizeminister im bolivianischen Energie-Ministerium ist seit den Anfängen der Morales-Regierung mit der Lithium-Frage befasst: „Die Angebote liefen immer darauf hinaus, nur die Grundstoffe aus dem Salar zu fördern. Also den Rohstoff. Nie wurde uns eine industrielle Verarbeitung vor Ort vorgeschlagen.“ Die bolivianische Regierung entschloss sich, es auf eigene Faust zu versuchen, ohne ausländische Firmen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil für Batterien ist Kobalt. Dieses silberfarbene Metall stammt bisher zu rund 60 Prozent aus einer Weltgegend, die besonders anfällig für Krisen aller Art ist: aus der Demokratischen Republik Kongo. Bis 2035 sollen allein die Batterien in E-Autos fast genauso viel Kobalt verbrauchen, wie bisher weltweit gefördert wird. Der Kongo wird da zum Zünglein an der Waage.

<https://www.welt.de/img/deutschland/crop140132097/8938327921-ci5x10s-w450/Bilder-zur-Campus-Elite-Uni-GoettingenxSoE4.jpg#2c2Zp> 31.7.2017

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/lithium-projekt-in-bolivien-geplatzt-bundesregierung-irritiert-a-1295249.html> 6.11.19

70 Jahre NATO

2014 haben sich beim NATO-Gipfel in Wales die Mitglieder sich auf das sog. 2%-Ziel (vom BIP) als Marge für eine permanente Erhöhung der jeweiligen nationalen Verteidigungsausgaben verpflichtet. Die USA geben über 4 % des US-BIP für Rüstung aus, Deutschland (1,38 %), Frankreich und Großbritannien erfüllen die 2%-Vorgabe knapp. Sie unterhalten Flugzeugträger, schwere Zerstörer und atomaren U-Boot-Flotten. Da kann die Bundeswehr mit ihrer "Regional-marine" aus Fregatten, leichten Korvetten und konventionellen U-Booten nicht mithalten. Frankreich unterhält in seiner "Force de frappe" (Abschreckungsmacht) zudem noch eine atomare Luftflotte, die die Briten nach 1990 abgeschafft haben.

AKK sprach bei ihrem Truppenbesuch im "Camp Pamir" in Afghanistan (sie blieb der NATO-Konferenz sogar fern), sprach sie sich für den bewaffneten Einsatz der Drohne Heron TP aus.

Dafür gerieten Macron und Trump aneinander, wegen dem fast vollständigen Abzug der US-Kampfeinheiten aus Syrien. Resttruppenteile der USA sichern lediglich noch einige syrische Ölfelder in Mittel- und Ostsyrien. Die Unterstützung der kurdischen YPG-Milizen gab man dafür preis und lieferte sie der alsbald einsetzenden türkischen Militäroffensive gegen die kurdischen "Terroristen" in der Region aus. Die von Trump für diesen Fall großmäulig angekündigte "wirtschaftliche Zerstörung" der Türkei blieb aus. Der türkische Plan ist es, dort viele Zehntausend syrische Flüchtlinge anzusiedeln und die in Ankara unerwünschten Kurden ganz zu vertreiben.

Der US-Rückzug wurde von Macron scharf kritisiert, er sei nicht vereinbar mit westlichen Zusicherungen für militärische Verbündete. Ungeachtet dessen betrifft Macrons politische "Hirntod"-Diagnose noch andere Konfliktlinien in der NATO.

Die NATO betrachtet an ihrer Ostflanke die Ukraine quasi als akkreditierten "Bündnispartner". In Osteuropa ist ein ökonomisch und militärisch wiedererstarktes Russland wieder der Hauptfeind der NATO. Skeptisch äußerte sich zu Russland die deutsche Kanzlerin, die vorschlug, in den auf dem Treffen vereinbarten "Reflexionsprozess" über die Bedrohungslage und Fragen der Kooperation auch das Verhältnis zu Russland einzubeziehen, das auf dem Prüfstand stünde. Grundlage hierfür solle die NATO-Russland-Akte von 1997 sein, die auf ein kooperatives Verhältnis abzielte. Erstmals seit Bestehen des Bündnisses wird China als "Bedrohung" eingestuft. Nach derzeitigen Schätzungen betragen Chinas Militärausgaben ca. 220 Milliarden Dollar.

Gegenüber China versucht die NATO, es in künftige Rüstungskontrollvereinbarungen einzubinden, was Peking aber zurückweist.

Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012666.html>, Elmar Klink

Elmar Klink, 5.12.19

Waffenhandel erleichtert

Mit dem deutsch-französischen Regierungsabkommen werden zwei Eckpfeiler der deutschen Rüstungsexportkontrolle ausgehebelt: das Exportverbot von Kriegswaffen mit Genehmigungsvorbehalt und die Endverbleibskontrolle. Denn bei Anwendung des in dem Abkommen festgelegten "De-minimis"-Grundsatzes entfällt für Rüstungsgüter und bestimmte Kriegswaffen die Notwendigkeit einer Endverbleibserklärung sowie der Genehmigungsvorbehalt bei Re-Export bestimmter Kriegswaffen in Drittländer. Am 23.10.2019 ist das Abkommen im Bundeskabinett verabschiedet worden. Bei dessen Aushandlung und Umsetzung hatte und hat der Deutsche Bundestag kein Mitspracherecht.

Nur die Beeinträchtigung der "unmittelbaren Interessen" oder der "nationalen Sicherheit" gelten als Ausnahmefall. Und dann gilt es, nicht etwa auf den Export zu verzichten, sondern stattdessen "hochrangige Konsultationen" einzuleiten, "um angemessene Lösungen zu finden".

Es wurde jedoch die Einschränkung vorgenommen, dass "De-minimis" nicht auf alle Kriegswaffen angewendet werden kann. Denn in der Anlage II des dt.-frz. Abkommens werden die Güter aufgelistet, die von "De-minimis" ausgenommen sind. Und diese stellen einen großen Teil der Güter der Kriegswaffenliste dar. Im Umkehrschluss steckt jedoch hierin auch das größte Problem: So werden eben nicht alle Kriegswaffen der Kriegswaffenliste erfasst, wie z.B. halbautomatische Gewehre, Sprengkörpervorrichtungen, Flugkörperabwehrsysteme, Feuerleiteinrichtungen, Rohre und Verschlüsse für "Rohrwaffen". (Einschränkungen für "Rüstungsgüter, die nach Umfang oder Bedeutung für eine Kriegswaffe wesentlich sind", sind nicht vorgesehen, obwohl nach den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung auch diese "nur bei Vorliegen von amtlichen Endverbleibserklärungen, die ein Re-Exportverbot mit Erlaubnisvorbehalt enthalten, genehmigt" werden.) D.h., die von den Ausnahmen nicht erfassten Kriegswaffen und Rüstungsgüter können ohne vorliegende Endverbleibserklärung und Re-Exportgenehmigung in Drittländer weiterexportiert werden, wenn sie in ein "übergeordnetes (Waffen-)System" integriert wurden und 20 Prozent des Gesamtwertes dieses Gesamtsystems nicht überschreiten.

Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012603.html>

Kommentar der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" Susanne Weipert, Charlotte Kehne, Christine Hoffmann und Jürgen Grässlin, 5.11.19

Klimawandel vergiftet Reis mit Arsen

Der Klimawandel führt zu einer immer größeren Ansammlung von Arsen in Reiskörnern, wie Forscher der University of Washington ermittelt haben. Arsen führt in höheren Dosen zu Krebs. Insbesondere bei erhöhten Temperaturen nehmen Pflanzen mehr von dem Schadstoff auf, der in den oberen Bodenschichten gelöst wird. Arsen findet sich natürlicherweise in Ackerböden. In Regionen, in denen arsenhaltiges Wasser zur Bewässerung genutzt wird oder einst arsenhaltige Herbizide verwendet wurden, ist die Konzentration besonders hoch. Reis wird auf überfluteten Feldern angebaut. Das Wasser löst das Arsen aus dem Boden und die Pflanzen nehmen es auf.

Glyphosat-Studien

Die Medien enthüllen Details zu "gekauften" Studien. Österreich setzt das Totalverbot von Glyphosat 2020 nicht in Kraft. Frankreich verbietet ab 2022 einen Großteil der Produkte. Deutschland will 2023 aussteigen.

Dem Unternehmen Monsanto, das inzwischen zu Bayer gehört, wird schon länger vorgeworfen, Studien zu Glyphosat mitverfasst oder finanziert zu haben. Nach Recherchen von LobbyControl, soll Prof. Michael Schmitz, Agrarwissenschaftler an der Universität Gießen bis 2015, für den Konzern zwei Studien "verdeckt" geschrieben haben. Er soll die Studien aber unter dem Namen der Uni in Fachblättern veröffentlicht haben, unter anderem im Journal für Kulturpflanzen des Julius-Kühn-Instituts. Darüber berichtete neben anderen Medien auch das ARD-Magazin Monitor.

Prof. Schmitz war Sachverständiger fürs Bundeslandwirtschaftsministerium und Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Bayer gibt zu, die Finanzierung durch Monsanto sei auf den finalen Publikationen nicht gekennzeichnet, man habe aber derzeit keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Zudem sage der Auftraggeber einer Studie nichts über deren Qualität oder Glaubwürdigkeit aus.

2017 erneuerte die EU-Kommission die EU-Zulassung von Glyphosat um fünf Jahre. Die EU-Länder hatten mit qualifizierter Mehrheit dafür gestimmt. Glyphosat darf in der EU demnach bis Mitte Dezember 2022 als Wirkstoff verwendet werden.

Zwölf Hersteller von Glyphosat wollen die Zulassung nun transparenter machen. Sie gründen eine gemeinsame Task Force. Das Konsortium strebt die Verlängerung der EU-Zulassung 2022 an und bereitet ein Dossier mit allen wissenschaftlichen Studien und Informationen vor.

Quelle: agrarheute, Sonnenseite, https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/bezahlte-glyphosat-studien-die-lobbyschlacht-luft-auf-hochtouren.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 12.12.19

Lebensmittelkontrollen

Etwa jede dritte vorgeschriebene Kontrolle in Lebensmittelunternehmen fällt aus, weil es den Behörden an Personal mangelt. Das belegen Recherchen der Verbraucherorganisation foodwatch.

Demnach sind nur gut zehn Prozent der rund 400 Kontrollämter in der Lage, ihr vorgegebenes Soll bei der Überprüfung von Betrieben zu erfüllen. Bundesweit konnten die Behörden im Jahr 2018 insgesamt mehr als eine Viertelmillion der verbindlich vorgeschriebenen amtlichen Kontrollbesuche nicht durchführen. Besonders katastrophal ist die Lage in Bremen und Berlin, wo die Behörden 2018 noch nicht einmal die Hälfte ihrer Vorgaben für Kontrollbesuche einhielten. Am wenigsten schlecht war die Situation in Hamburg, wo jedoch immer noch jede zehnte vorgeschriebene Kontrolle ausfiel. Bundesweit fanden in einzelnen Ämtern sogar 80 Prozent der vorgeschriebenen Kontrollen nicht statt.

Zudem müssten die Ämter per Gesetz verpflichtet werden, ausnahmslos alle Kontrollergebnisse zu veröffentlichen. Wenn Lebensmittelbetriebe wüssten, dass Verstöße öffentlich werden, schaffe dies den besten Anreiz, sich jeden Tag an die lebensmittelrechtlichen Vorgaben zu halten. Das zeigten Erfahrungen aus Ländern wie

Dänemark, Norwegen oder Wales: Seit dort alle Kontrollergebnisse veröffentlicht werden, ist die Zahl der beanstandeten Lebensmittelbetriebe deutlich zurückgegangen. foodwatch hatte Ende November einen noch unveröffentlichten Referentenentwurf für eine Neufassung der AVV RÜb aus dem Bundesernährungsministerium publik gemacht, der weniger verbindliche Kontrollen als bisher vorsieht. Tägliche Kontrollen in Betrieben mit höchstem Risiko sind nach dem Vorschlag – anders als bisher – gar nicht mehr vorgesehen. Selbst bei einem Unternehmen wie dem hessischen Wursthersteller Wilke, der bundesweit wegen eines Listerien-Skandals in die Schlagzeilen geriet, wären in Zukunft nur noch vier statt zwölf Besuche durch die amtlichen Kontrolleurinnen und Kontrolleure vorgeschrieben.

Quelle: https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/jede-dritte-vorgeschriebene-lebensmittelkontrolle-in-deutschland-fllt-aus.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 12.12.19

foodwatch 26.11.19, <https://www.foodwatch.org/de/pressemitteilungen/2019/kloeckner-ministerium-wuerde-wilke-weniger-kontrollieren/>

Säuglingsmilch-Produkte belastet

16 Säuglingsmilch-Produkte aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden hat foodwatch testen lassen. Von den vier in Deutschland und auch Österreich vertriebenen Produkten wurden Rückstände der potenziell krebserregenden aromatischen Mineralöle (MOAH) in drei Produkten nachgewiesen. Auch Produkte aus den anderen Ländern waren verunreinigt, zudem fanden die beauftragten Labore gesättigte Mineralöle (MOSH) in den meisten untersuchten Produkten.

Mineralöle wurden bereits in zahlreichen Lebensmitteln, wie zum Beispiel Reis, Nudeln, Schokolade und Speiseöle nachgewiesen, sind aber auch in Verpackungen, Kinderspielzeug, Futtermitteln und kosmetischen Mitteln zu finden.

Man unterscheidet im Wesentlichen zwei Gruppen von Mineralölen – die gesättigten (MOSH) und die aromatischen Mineralölkohlenwasserstoffe (MOAH). Längerkettige MOSH-Moleküle können vom Körper leicht aufgenommen werden und sich im Fettgewebe anreichern. Bei Versuchen mit Ratten führten diese in bestimmten Organen zu Schäden. MOAH sind aromatische Kohlenwasserstoffe. Ein krebserregendes Potenzial der Substanzen kann nicht ausgeschlossen werden. Auch die EFSA geht davon aus, dass bestimmte MOAH-Verbindungen Krebs auslösen und das Erbgut verändern können. Eine abschließende Risikobewertung der EFSA steht noch aus.

Die Mengen an aromatischen Mineralölen (MOAH), in den Babymilchprodukten können noch keine direkt eintretenden, klinisch wahrnehmbaren Krankheitssymptome verursachen.

Ob sich die Verpackungsmaterialien als mögliche Quelle der Mineralöle in ihrer Zusammensetzung, Herstellung und Behandlung unterscheiden oder ob die Dosen von unterschiedlichen Herstellern stammen, ist nicht bekannt. Jedenfalls war in unserem Test die Hälfte der 16 in Metalldosen verpackten Babymilch-Produkte mit Mineralölen verunreinigt. Deshalb geht foodwatch bei dieser Verpackungsart von einem erhöhten Risiko aus. So könnten bei der Produktion der Weißblechdosen z.B. so genannte Walzöle verwendet worden sein, die womöglich nicht für den Kontakt mit Lebensmitteln geeignet sind. Diese werden aufgesprüht, um die Walzen, zwischen denen die Bleche dünn ausgerollt werden, zu kühlen und zu schmieren. Wenn die Bleche bzw. die fertigen Blechdosen nicht ausreichend gereinigt wurden, können Mineralölbestandteile aus den

Walzölen von der Innenseite der Dosen auf die Milchpulver übergegangen sein. Eine gesicherte Erkenntnis über die Quelle der Verunreinigung liegt foodwatch jedoch nicht vor. Bei gesättigten Mineralölen (MOSH) fordert foodwatch die Festlegung strenger Höchstwerte von 2 Milligramm MOSH je Kilogramm Lebensmittel. Nur in genau festzulegenden Ausnahmefällen bei bestimmten Lebensmittelkategorien (z.B. pflanzliche Öle und Fette) mit entsprechenden Nachweisen seitens der Hersteller sollte dies überschritten werden dürfen. Für Produkte, die Säuglingen und Babys gefüttert werden, sollten jedenfalls besonders strikte Anforderungen gelten.

Quelle: <https://www.foodwatch.org/de/informieren/mineraloel/fragen-und-antworten-zu-mineraloel-in-saeuglingsmilch/> 24.10.19

IPPNW kritisiert den Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes

Die Ärzteorganisation IPPNW weist darauf hin, daß der Expertenausschuss der Internationalen Krebsagentur (IARC) aufgrund neuer Studien zu elektromagnetischer Strahlung eine Höherbewertung seiner bisherigen Einstufung („möglicherweise krebserregend“) auf „krebserregend“ angeregt. Es geht dabei auch um den Streit, wie viel an elektromagnetischer Strahlung eine Gesellschaft aus industriepolitischen Gründen heraus ertragen muss.

Sie fordern, die gesundheitlichen, ökologischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der 5G-Technologie zu untersuchen und zu diskutieren bevor diese flächendeckend eingesetzt wird.

Es ist geplant, den neuen Mobilfunkstandard 5G mit einer unüberschaubaren Anzahl an neuen Sendeanlagen flächendeckend auszubauen. Aufgrund des höheren benutzten Frequenzbereiches (3,5 - 3,7 GHz und geplant 24-86 GHz) können mit dieser Technologie zwar mehr Daten für autonomes Fahren übertragen werden, aber die Sendeanlagen haben eine deutlich verkürzte Reichweite, wodurch die elektromagnetische Strahlenbelastung der Umwelt weiter ansteigen wird.

Weiter sind Gefährdungen der Fruchtbarkeit sowie die bei Strahlensensibilität bestehenden Konzentrations- und Schlafstörungen in der wissenschaftlichen Diskussion. Die Regierung fördert unbeirrt den Ausbau des Mobilfunks.

Die digitale Transformation der Städte und die Kommunikations-Infrastruktur sind Teil der digitalen Aufrüstung der Bundeswehr. Der geplante Einsatz der Künstlichen Intelligenz im Militär braucht als Basis ein vernetztes Gefechtsfeld, aus dem alle Daten militärisch ausgelesen werden.

Auch der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) fordern den Stopp von 5G.

Quelle: IPPNW-Beschluß, 4.5.19

Seit 1998 hält die Internationale Kommission für den Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) daran fest,dass es keine anderen Hinweise auf schädliche biologische Wirkungen hochfrequenter Strahlung gibt als die Erwärmung des Gewebes oberhalb bestimmter Schwellenwerte.

Im Gegensatz dazu hat eine Expertengruppe der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) im Jahr 2011 die von Mobiltelefonen und anderen drahtlosen Geräten ausgehenden hochfrequenten elektromagnetischen Felder als „möglicherweise“ krebserregend für den Menschen in die Gruppe 2B eingestuft.

Seit dieser Einstufung durch die IARC haben die Analysen der großen internationalen Interphone-Studie, einer Reihe von Studien der Hardell-Gruppe aus Schweden sowie der

CERENAT Fall-Kontroll-Studien aus Frankreich ein erhöhtes Hirntumorrisiko signalisiert, insbesondere bei ipsilateraler Nutzung.

In groß angelegten Tierstudien zur Karzinogenität beobachtete das National Toxicology Program (NTP) eine signifikant erhöhte Inzidenz von Gliomenbösartigen Schwannomen (vorwiegend an den Nerven und dem Herzen, aber auch an weiteren Organen), und zwar hochfrequenten Strahlungsintensitäten, die Gewebe nicht wesentlich erwärmen.

Verschiedene Organe (z. B. Gehirn, Herz) wiesen ebenfalls DNA-Schäden auf. Diese Befunde wurden von der ICNIRP abgewiesen.

Eine Studie am Ramazzini-Institut untersuchte bei Ratten die lebenslange Fernfeldexposition gegenüber hochfrequenter Strahlung von Mobilfunkbasisstationen, die durch eine GSM-Antenne (1,8 GHz) generiert wurde. Obwohl die Befeldungsstärken in dieser Studie 60- bis 6000-fach geringer waren als in der NTP-Studie, wurde in der Gruppe der männlichen Ratten mit der höchsten Exposition ein statistisch signifikanter Anstieg von Schwannomen des Herzens beobachtet und bei den Ratten beiderlei Geschlechts wurde eine Zunahme von Schwann-Zellen-Hyperplasie des Herzens beobachtet.

Darüber hinaus wurde in einer Tierstudie zur Karzinogenität aus dem Jahr 2015 gezeigt, dass bei Mäusen die Befeldung mit hochfrequenter Strahlung unterhalb der Grenzwerte Menschen zur Promotion von Tumoren führte.

Quelle: www.diagnose-funk.org , 21.10.19

Uranabbau

Seit der Reaktor-Katastrophe von Fukushima ist die Produktion von Atomstrom weltweit um über 10% gesunken und der Uranbedarf somit zurückgegangen: Von 68 646 Tonnen vor der Katastrophe auf nur noch 56 585 Tonnen im Jahr 2014. Inzwischen sind die Atomstromproduktion und die Urannachfrage wieder leicht gestiegen, hauptsächlich wegen neuer Kraftwerke in China. Der Preis von Uran liegt seit 2016 unter 30 US-Dollar und macht die meisten Uran-Bergwerke unwirtschaftlich.

Seit den 1930er Jahren wird Uran aus der Erde geholt, zuerst in der belgischen Kolonie Kongo, dann jahrzehntelang in Südafrika und heute in Namibia und Niger. Sehr große und noch nicht erschlossene Uranvorkommen werden in Afrika vermutet.

Fünf der weltweit zehn größten Uranminen liegen auf dem Land indigener Völker, die anderen fünf in Kasachstan. Historisch betrachtet ist Kanada mit Abstand der weltweit größte Uranförderer: 524.000 Tonnen und damit über ein Sechstel der gesamten Uranproduktion stammen von dort. Danach kommen die USA, gefolgt von Russland, Kasachstan, der DDR und Australien. Seit 2009 ist Kasachstan das wichtigste Förderland, der Anteil an der weltweiten Uranproduktion lag 2017 bei 39 Prozent.

99,9 Prozent des Uranerzes bleiben in den Tailingbecken zurück. Sie sorgen auch nach Schließung einer Mine dafür, dass die Gebiete langfristig radioaktiv kontaminiert sind. Denn im Uranbergbau sind Fein- und Grobstäube voll von strahlenden Partikeln und die Atemluft mit Radongas belastet – ein Hauptgrund für den Lungenkrebs vieler Bergarbeiter. Atomkraftwerke erzeugen heute in 31 Ländern Strom und haben weltweit einen Anteil von rund 10% an der kommerziellen Stromproduktion. Der Beitrag der Atomwirtschaft sinkt seit 1996 kontinuierlich, als ihr Anteil am Strommix den historischen Höchststand von 17,5 Prozent erreichte. Während die jährliche Stromproduktion aus erneuerbaren Energien im vergangenen Jahrzehnt enorm zugenommen hat und von 2007 bis 2017 um rund 4000 Terawattstunden (TWh) gestiegen ist, nahm die Atomstromproduktion um 110 TWh ab. "Wirtschaftlich gesehen hat Atomkraft keine Zukunft. Die Betreiber versuchen mit Laufzeitverlängerungen für bestehende Anlagen wie etwa in Frankreich zu überleben, was

das Katastrophenrisiko deutlich erhöht. Neue AKWs werden oft nur aus militärischen und strategischen Gründen gebaut.

Mit 130 Atommeilern am Netz ist die Europäische Union immer noch der weltweit größte Verbraucher. Auch in Deutschland wird trotz beschlossenen Atomausstieg an der vierten AKW-Generation geforscht. Doch mit Milliardenverlusten und der Konkurrenz durch die Erneuerbaren ist Atomenergie ein Auslaufmodell – während der Müll, inzwischen sind weltweit 350.000 hochradioaktive Tonnen angefallen, weiter strahlt.

Quelle: BUND, https://www.sonnenseite.com/de/energie/neuer-uranatlas-zeigt-daten-und-fakten-zu-den-oft-verdraengten-gefahren-der-atomenergie.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20September%202019%20%3A%3A%20&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 13.9.19

Uranmüllexport von Gronau nach Russland

Seit Mitte der 90er Jahre wurden rund 30.000 Tonnen Uranhexafluorid in abgereicherter Form von der Gronauer Urananreicherungsanlage nach Russland verbracht.

Entsprechende Lieferverträge endeten zum 31.12.2009.

Nachdem am 29. Juli 2019 ein Uranmüll-Sonderzug die Anlage verlassen hat, räumte das Ministerium auf Nachfrage ein, dass am 29. Juli 2019 mit einem Sonderzug ca. 600 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid nach Russland abtransportiert wurden. Da in den letzten Wochen mehrfach Sonderzüge mit Uranmüll die Anlage in Gronau verlassen haben, bleibt zu klären, ob diese Transporte vielleicht auch nach Russland gegangen sind. Als Ziel stand bisher Frankreich im Raum. Denkbar ist jetzt, dass bereits mehrere der jüngsten Transporte Russland als Ziel hatten. Vielleicht auch schon zwischen 2010 und 2019.

Die Wiederaufnahme von Uranmülltransporten von der einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) Deutschlands in Gronau (NRW) nach Russland wird von der Grün Alternativen Liste (GAL) Gronau scharf kritisiert.

Die Lagerung von rund 22.000 Tonnen Uranmülls neben der Anreicherungsanlage unter dem freien Himmel und die Sicherung des Anlagengeländes durch einfachen Maschendraht wird von der GAL als absolut besorgniserregend kritisiert. Die Fragen, die die GAL zur Behältersicherheit gestellt hatte, wurden nur lückenhaft beantwortet. Offenbar werden nicht nur neue Behälter zur Lagerung eingesetzt. Offen bleibt auch die Frage, wo Urancontainer verblieben sind, in die der Uranmüll nach der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage in den 80er und 90er Jahren eingefüllt wurde.

Wiederholt wurde in Rechtsgutachten festgestellt, die u. a. von der ehemaligen Bundesumweltministerin Frau Barbara Hendricks in Auftrag gegeben wurden, dass die Urananreicherung in Gronau rechtssicher beendet werden kann.

Quelle: oekonews.at 2019 https://www.sonnenseite.com/de/politik/scharfe-kritik-neuer-uranmuellexport-von-gronau-nach-russland.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Oktober%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 7.10.19

Atommüllbunker im Pazifik undicht

In einem Bunker auf den Marshall-Inseln lagern die USA Atommüll, der mit radioaktivem Schutt aus der Zeit der Atombombentests gefüllt ist. Eigentlich war das heutige Lager nur als Provisorium gedacht, die Verantwortlichen schafften es aber nie, Pläne für ein dauerhaftes Endlager in die Tat umzusetzen. Es entstand ein untertassenförmiger

Betonbunker von etwa hundert Metern Durchmesser, in dem 85.000 Kubikmeter nuklearer Abfall mit Plutonium lagern.

Bereits vor zwei Jahren zeigten Journalisten des australischen TV-Senders ABC, dass sich in der Kuppel Risse gebildet hatten. Die Radioaktivität drohe in den Pazifik zu gelangen.

Wenn im Zuge des Klimawandels der Meeresspiegel ansteigt, kann die Betonkuppel aufbrechen.

Die nuklearen Explosionen führen bis heute zu Krebserkrankungen, Fehlgeburten, Tumoren und Missbildungen. Auf den Inseln sind Geburtsfehler sehr häufig. Laut der „Los Angeles Times“ fühlt sich die USA, die den radioaktiven Müll verursacht haben, nicht zuständig.

Quelle: INFOsperber.ch“ (Tobias Tscherrig) <https://www.infosperber.ch/Artikel/Umwelt/Das-Atomgrab-der-USA-bricht-auf--Ozean-in-Gefahr> 13.12.19

Frankreich erkennt seine Atomschuld im Südpazifik an

Das französische Parlament verabschiedete am 23. Mai die Reform eines Organisationsgesetzes, in dem die Bedingungen für die Autonomie von Französisch-Polynesien festgelegt sind. Im Reformtext wird erstmals ausdrücklich auf die insgesamt 193 Kernwaffen-Tests hingewiesen, die Frankreich zwischen 1966 und 1996 im Südpazifik durchführte.

Auch die strahlungsbedingten Krankheiten der polynesischen Bevölkerung sind Gegenstand des Textes. Damit schreibt sich Frankreich seine in Französisch-Polynesien hinterlassene Atomschuld ins Gesetz. «Die Republik erkennt den Beitrag Französisch-Polynesiens zum Aufbau der nuklearen Abschreckungskapazität und zur Verteidigung der Nation an.» Dieser Satz des Gesetzestextes ist geschichtsträchtig. Bis heute ist das Atoll Mururoa, ehemals primäres Testgebiet Frankreichs im Südpazifik, Sperrgebiet. In rund 140 Bohrschächten dort lagern große Mengen radioaktiven Abfalls.

Im Jahr 2000 zogen die Franzosen schließlich vom Atoll ab. Zwischen 2010 und 2018 erhielten nur 11% der dem Kompensationsausschuss für Opfer von Nukleartests (CIVEN) vorgelegten Fälle eine positive Antwort.

Im Oktober 2018 verklagte eine Gruppe von Aktivisten aus dem Südpazifikraum Frankreich vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Die symbolische Anerkennung der Atomschuld durch Frankreich bedeutet indes nicht, dass die Opfer der Tests rechtlich besser gestellt werden. Als Grundlage für die negativen Entscheidungen gegenüber den Betroffenen gilt ein Finanzgesetz, das Ende 2018 geändert wurde. Das Gesetz verlangt nun vom Antragssteller den Nachweis, dass er einem bestimmten Strahlungsgrenzwert ausgesetzt war – eine massive Verschlechterung für die Opfer der französischen Kernwaffen-Tests.

Quelle: <https://www.infosperber.ch/Umwelt/Frankreich-anerkennt-zaghaf-seine-Atomschuld-im-Sudpazifik> 27.5.19

AKW Neckarwestheim

Versuche der Materialprüfungsanstalt Stuttgart zeigen: Dampferzeuger-Heizrohre mit umlaufenden Rissen brechen ohne vorheriges Leck. Zogen sich die Risse um das Rohr herum - das ist im AKW Neckarwestheim der Fall - brach auf dem Prüfstand das Rohr ohne (!) vorheriges Leck. Das spontane Versagen der vorgeschädigten Rohre im AKW Neckarwestheim ist daher nicht auszuschließen. Der Betreiber, die EnBW behauptet, daß Risse in den Heizrohren immer zunächst ein Leck verursachen würden. Mit dieser

Begründung durfte das AKW Neckarwestheim schon nach den Rissfunden von 2018 wieder ans Netz.

Im AKW Neckarwestheim-2 sind im dritten Jahr in Folge Korrosionsschäden an den Heizrohren in den Dampferzeugern entdeckt worden, darunter bisher insgesamt 292 zum Teil tief gehende Risse. Ursache der Risse ist nach Annahme von EnBW und Behörden die gefährliche Spannungsrisskorrosion, die Risse unvorhergesehen entstehen und schnell wachsen lässt. Durch die Heizrohre strömt unter hohem Druck stehendes heißes radioaktives Wasser aus dem Reaktorkern. Ein Abriss von Heizrohren kann zu einer Kernschmelze führen. Reale Erfahrungen an anderen AKW zeigen ebenfalls, dass Heizrohre aufgrund von Rissen ohne vorheriges Leck und völlig unvorhergesehen brechen können. So geschehen etwa am 5. April 2002 im südkoreanischen AKW Hanul-4. Der Reaktor dort war zum Zeitpunkt des Rohrbruchs zum Glück bereits für einen geplanten Brennelementewechsel heruntergefahren.

Quelle: ausgestrahlt 11.9.19, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012492.html>
Abschlussbericht Juli 2013, Seite 82, Punkt 4; https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3610_r_01385_dampferzeugerheizrohr_bf.pdf

Klimawandel

Fakten mit Harald Lesch und Prof. Anders Levermann, Klimawissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

- Um die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, müssten die stetig steigenden CO₂-Emissionen in den nächsten zehn Jahren halbiert und bis 2050 komplett gestoppt werden. Notwendig wäre ein weitgehender Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Kohle oder Erdöl zur Energiegewinnung.
- weltweit häufen sich die Wetter-Extreme. Borkenkäfer haben leichtes Spiel und vernichten ganze Fichtenwälder.
- 2018 sind die weltweiten CO₂-Emissionen um 1,7 Prozent auf ein neues Rekord-Hoch gestiegen.
- Fast die Hälfte der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen entstehen bei der Strom- und Wärmezeugung. Seit 100, 150 Jahren verbrennen wir Öl, Gas und Kohle in dem Maße, in dem die CO₂-Konzentration angestiegen ist - von ursprünglich mal 280 ppm (Parts per Million) auf jetzt über 400 ppm.
- mithilfe von Modellen kann der Beitrag der Anreicherung der Treibhausgase gegenüber anderen Hypothesen wie Sonneneinstrahlung, Vulkanausbrüche und natürliche Klimavariabilität ermittelt werden. Dabei zeigt sich mit mehr als 95 Prozent Sicherheit, dass nur der Anstieg der Treibhausgase die Erwärmung erklären kann.
- Wir befinden uns seit 10.000 Jahren in einer Warmzeit, im Holozän. Das sind die 10 000 Jahre, in denen unsere Zivilisation entstanden ist. Von China bis über Rom bis nach Nordamerika, während das Klima sehr stabil war. Davor waren wir in einer Eiszeit. Und diese Eiszeit war 5 Grad kälter als die Warmzeit, in der wir uns seit 10.000 Jahren befinden. Der Übergang von einer Eiszeit zu einer Warmzeit dauert 10.000 Jahre. Wir machen jetzt aus einer Warmzeit eine Heißzeit. Genauso wärmer wie die Warmzeit ist - im Vergleich zur Eiszeit. Aber hundertmal schneller. Und das illustriert die Dramatik des menschengemachten Klimawandels.
- Nicht jedes Jahr wird's wärmer, aber tatsächlich im globalen und im Jahresmittel steigt die Temperatur des Planeten immer weiter an und das merken wir natürlich auch in Deutschland. Wir spüren Wetterextreme, die Zunahme von Hitzewellen, die große Dürre, aber tatsächlich auch Überschwemmungen. Wir können da nicht

- jedes einzelne Ereignis auf den Klimawandel zurückführen, aber insgesamt wissen wir, wenn wir den Planeten verändern, wenn wir das Klima des Planeten verändern, dann verändern wir auch die Situation in Deutschland inklusive der Wetterextreme.
- In den letzten hundert Jahren ist die Temperatur um rund ein Grad weltweit gestiegen. Das heißt nicht, dass es an jedem Ort wärmer geworden ist, und es heißt auch nicht, dass es zu jedem Zeitpunkt wärmer wird. Sondern im globalen Mittel, übers Jahresmittel.
 - Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann bekommen wir bis zum Ende des Jahrhunderts fünf Grad globale Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau. Bis jetzt haben wir rund ein Grad verursacht.
 - Jeder Einzelne kann das Klima schützen, indem er weniger CO₂ ausstößt - aber in der heutigen Gesellschaft in Deutschland können Sie als Einzelperson nicht auf null CO₂-Emissionen kommen, es sei denn, Sie steigen aus der Gesellschaft aus. Als Gesellschaft selber kann Deutschland aber auf null Emissionen kommen. Natürlich ist es toll, wenn jeder Einzelne weniger Auto fährt, weniger fliegt, weniger Fleisch konsumiert. Aber entscheidend ist das nicht für den Klimawandel. Sondern entscheidend ist, dass jeder Einzelne von der Politik über die nächsten 30 Jahre einfordert, dass dieses Problem global gelöst wird.
 - Eine Untersuchung der US-Wahlkampf-Spenden zeigt unter anderem: 2016 gaben Unternehmen der fossilen Industrie 91 Prozent ihrer Spenden-Gelder an republikanische Kandidaten. Neun Prozent gingen an Demokraten.
 - Hinzu kommt, dass Klimasysteme nicht immer linear reagieren. Sie können sich auch sprunghaft verändern, wenn ein bestimmtes Belastungsniveau überschritten ist. Wissenschaftler sprechen von sogenannten Kipppunkten. Momentan sind es unsere eigenen Emissionen, die den Klimawandel befeuern. Kipppunkte jedoch können Dominoeffekte auslösen, die den Klimawandel dramatisch beschleunigen. Eine tickende Zeitbombe haben Forscher im Permafrost der Arktis ausgemacht.

Quelle: Portal KlimafolgenOnline

Bericht Weltklimarat (IPCC) ipcc.ch/report/ar5/syr/

DIW fordert Umwandlung des Energiesektors bis 2040

Um dem Pariser Zwei-Grad-Ziel gerecht zu werden, muss im Jahr 2040 fast die gesamte Stromerzeugung aus Solar-, Wind- und Wasserkraft bestritten werden.

Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Stromgewinnung aus Sonne und Wind: Der Anteil der erneuerbaren Energien im europäischen Primärenergiebedarf steigt im Klimaschutzszenario bis 2030 auf rund 33 Prozent. Um dieses Szenario in die Realität umzusetzen, müssen Solar- und (Onshore)-Wind-Kapazitäten von momentan 120 beziehungsweise 190 Gigawatt bis zum Jahr 2030 vervielfacht werden, nämlich auf 990 beziehungsweise 790 Gigawatt. „Auf diesem Wege kann eine kosteneffiziente und effektive Dekarbonisierung der europäischen Stromerzeugung gelingen, ohne auf Atomkraft oder CO₂-Abscheidungstechnologien zurückgreifen zu müssen“, resümiert Co-Autor Christian von Hirschhausen.

Derzeit diskutiert die EU über eine Verschärfung der Klimaziele auf von bisher 40 Prozent Emissionsminderung auf 55 Prozent bis 2030. Wir fordern 60 Prozent Emissionsminderung. Das wäre durchaus umsetzbar, sagt Studienautorin Claudia Kemfert.

Diese Schlussfolgerung bestätigen auch andere Szenariostudien, beispielsweise die Ergebnisse des von einem europäischen Forschungskonsortium umgesetzten SET-Nav-

Projekts, an dem sich neben dem DIW Berlin unter anderem auch die TU Wien und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung beteiligt haben. Neben seinem klimapolitischen Mehrwert rechnet sich die höhere CO₂-Einsparung auch aus wirtschaftlicher Sicht. Zwar verursacht die großflächige Umstellung auf erneuerbare Energiequellen Transformationskosten, die die Forschenden auf 222 Milliarden Euro taxieren, allerdings werden diese um ein Vielfaches von den durch die CO₂-Reduktion eingesparten Umwelt- und Klimakosten übertroffen. „Wenn wir hierbei von der vom Umweltbundesamt berechneten Einsparung von 180 Euro pro nicht emittierter Tonne CO₂ ausgehen“, erklärt Co-Autor Karlo Hainsch, „betragen die durch die bis zum Jahr 2030 durch die CO₂-Reduktion eingesparten Klima- und Umweltkosten 1.381 Milliarden Euro. Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
https://www.sonnenseite.com/de/politik/eu-muss-co2-reduktionsziele-von-40-auf-60-prozent-erhoehen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Oktober%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 11.10.19
Studie im DIW Wochenbericht 41/2019
https://www.diw.de/de/diw_01.c.682902.de/publikationen/wochenberichte/2019_41/aufsatz.html
Interview mit Studienautorin Claudia Kemfert (DIW)
https://www.diw.de/de/diw_01.c.682978.de/publikationen/wochenberichte/2019_41/aufsatz.html

Agora Energiewende: Klimaneutrale Industrie

Stahl-, Chemie und Zementhersteller müssen Investitionsentscheidungen schon heute so treffen, dass sie klimasicher sind. Alles andere würde zu Fehlinvestitionen führen. Die Technologien für eine klimaneutrale Produktion sind schon weit entwickelt, doch ihr großtechnischer Einsatz scheitert bislang an fehlenden politischen Rahmenbedingungen. Agora Energiewende und das Wuppertal Institut schlagen deshalb ein Sofortprogramm vor, um die deutsche Industrie zum Vorreiter bei grünem Wasserstoff, Elektrifizierung und der Vermeidung von Prozessemissionen zu machen. Weil Deutschland bisher keine dezidierte Klima- und Innovationspolitik für die Grundstoffindustrie verfolgt, droht ein massiver Investitionsrückgang in diesem Wirtschaftszweig mit seinen 550.000 Beschäftigten. Denn Investitionen in die alten, CO₂-intensiven Technologien sind angesichts des Ziels der Klimaneutralität 2050 nicht erfolgversprechend. Auf der anderen Seite fehlt auch für die neuen, CO₂-neutralen Technologien der Business Case. Agora Energiewende und das Wuppertal Institut schlagen deshalb für die Stahl-, Chemie- und Zementindustrie ein Sofortprogramm vor. Zusammen mit weiteren Politikinstrumenten soll es die notwendige Investitionssicherheit in der Grundstoffindustrie herstellen, so daß diese bis 2050 weitgehend klimaneutral werden und an Innovationskraft gewinnen kann. Zwischen 2020 und 2030 steht in der Industrie eine große Reinvestitionsphase an – dies ist eine große Chance für den Klimaschutz“, sagt Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts. So müssen in den kommenden zehn Jahren mehr als die Hälfte der energieintensiven Anlagen in der Stahlerzeugung und in der Chemieindustrie erneuert werden und fast ein Drittel in der Zementindustrie. „Um dafür zukunftsgerichtete Investitionen tätigen zu können, brauchen die Unternehmen jetzt neue politische Rahmenbedingungen. Andernfalls droht ein Investitionsstau oder die Gefahr von Fehlsteuerungen und Lock-in-Effekten“, warnt Fishedick. Denn mit einer Lebensdauer von mehr als 50 Jahren würden konventionelle Anlagen, die heute errichtet werden, bis

weit nach 2050 große Mengen Treibhausgase freisetzen – was im Widerspruch zum Ziel der Bundesregierung steht, Deutschland bis 2050 klimaneutral zu machen. Wegen der Sorge, dass ihre Anlagen deshalb nicht bis zum Ende ihrer Lebensdauer produzieren dürfen, scheidet die Grundstoffindustrie derzeit vor Neuinvestitionen zurück.

Für den Klimaschutz ist die energieintensive Grundstoffindustrie ein entscheidender Faktor: Sie stößt gut ein Fünftel der Treibhausgase in Deutschland aus und muss ihre Emissionen damit bis 2050 um rund 180 Millionen Tonnen CO₂ senken, um annähernd klimaneutral zu werden. Hierfür ist eine Trendumkehr notwendig, denn in den vergangenen zehn Jahren stagnierten die Emissionen. „Wir beobachten zwar Effizienzsteigerungen. Was aber zusätzlich nötig ist, sind Sprunginnovationen bei CO₂-armen Schlüsseltechnologien“, sagt Dr. Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. Allen voran nennt die Studie hier die stärkere Nutzung von Grünstrom und grünem Wasserstoff, der aus Erneuerbaren Energien hergestellt wird. Beides kann sowohl in der Stahl- als auch in der Chemieindustrie Kohle, Öl und Gas ersetzen. In der Zementindustrie ist aus heutiger Sicht und sofern kein Durchbruch bei alternativen Baustoffen gelingt, die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) unausweichlich, da beim Brennen von Kalk in der Zementproduktion große Mengen an CO₂ entstehen. Für die Elektrifizierung, wasserstoffbasierte Produktionsverfahren und auch für die CO₂-Abscheidung bei Zement gibt es bereits zahlreiche Pilotprojekte. „Diese Schlüsseltechnologien müssen nun zum industriellen Maßstab skaliert werden, damit sie die nötigen Klimaschutzbeiträge liefern können und die Industrie globaler Vorreiter im Bereich der nachhaltigen Produktionstechnologien werden kann. International winken hierdurch große Marktchancen für den deutschen Anlagenbau“, sagt Graichen. „Mit den richtigen Rahmenbedingungen lohnt sich die Entwicklung und der Aufbau dieser Anlagen auch langfristig für die Industrie“, ergänzt Fischechick. „Dabei muss die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie immer im Auge behalten werden. Es nutzt niemandem, wenn wir zwar grün werden, dabei aber auf dem Weltmarkt unsere gute Wettbewerbsposition verlieren und Industrieproduktion aufgrund des hochkompetitiven globalen Wettbewerbs ins Ausland abwandert.“

- Staatliche Förderung klimafreundlicher Produktionsverfahren, sogenannte Carbon Contract for Difference (CfD), in den Sektoren Stahl, Chemie und Zement. Die Förderhöhe soll über Ausschreibungen ermittelt werden
- Einführung einer Klima-Umlage auf Endprodukte wie Stahl, Aluminium, Zement und Plastik, um die CfD-Förderung zu refinanzieren
- Selbstverpflichtung des Bundes, bei größeren Bauprojekten klimafreundliche Materialien zu verwenden und klimafreundliche Fahrzeuge zu nutzen
- Quote für grünen Wasserstoff auf den Absatz von Erdgas: Sie soll zum Aufbau von Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff beitragen
- Einstieg in die Kreislaufwirtschaft, um langfristig Stoffkreisläufe zu schließen und so die Verbrennung von Abfall und den Einsatz neuer Rohstoffe zu vermindern
- Europäische Koordination durch Einführung dieser Instrumente auch auf EU-Ebene
- Eintreten der Bundesregierung für einen globalen CO₂-Preis auf UN-Ebene

Quelle: "Klimaneutrale Industrie" | Schlüsseltechnologien und Politikoptionen für Stahl, Chemie und Zement

https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2018/Dekarbonisierung_Industrie/164_A-EW_Klimaneutrale-Industrie_Studie_WEB.pdf

https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/agora-energiewende-klimaneutrale-industrie.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2030.%20November%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 26.11.2019

UBA fordert strengere Umweltziele

Das Umweltbundesamt, eine Behörde der Bundesregierung, fordert in einem schon länger verfassten, aber jetzt erst bekannt gewordenen Gutachten die Verteuerung von Benzin und Diesel, ein Tempolimit 120 auf Autobahnen, eine höhere LKW-Maut, die Abschaffung der Pendlerpauschale und kein Privileg mehr für Dienstwagen sowie weit höhere CO₂-Preise als von der Regierung geplant. Die SPD ist noch immer so sehr Kohlepartei wie die CDU/CSU Autopartei ist. Beide „Volksparteien“ hängen am Tropf der alten Energie- und Autokonzerne wie ein Junkie an der Nadel. Die Wahlen werden von den über 60-Jährigen entschieden. Also wird weiter die Zukunft der Jungen verbrannt.

Quelle:

https://www.sonnenseite.com/de/franz-alt/kommentare-interviews/regierungsbehrde-beschmt-bundesregierung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202007.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 7.12.19

Altmaiers Gasstrategie widerspricht Klimaschutz

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgestellte Gasstrategie als wirtschafts- und klimapolitische Sackgasse. Die Empfehlungen aus Peter Altmaiers Ministerium lassen den dringend notwendigen Umstieg auf erneuerbares Gas weitgehend außen vor.

Diese Lücke schließt der „Fahrplan für erneuerbares Gas“, den die DUH gemeinsam mit Unternehmen und Wissenschaft sowie Akteuren aus dem Bereich Umwelt und Erneuerbare Energien entwickelt hat. Bisher unterzeichneten den Fahrplan neben der DUH, der Bundesverband Erneuerbare Energien, Enertrag AG, Germanwatch, die Technische Universität Berlin und der WWF Deutschland.

Fossiles Erdgas muss von erneuerbarem Gas abgelöst werden. Wie beim Strom, brauchen wir einen Zielwert für erneuerbares Gas für 2030. Mit dem Fahrplan setzen wir auf einen nachhaltigen Umbau der Gaswirtschaft. Unabdingbar für den Umstieg sind ein wirksamer CO₂-Preis, ein steigender Anteil erneuerbaren Stroms sowie eine Anschubförderung für den Aufbau und Betrieb von Power-to-Gas-Anlagen.

Quelle: https://www.sonnenseite.com/de/politik/altmaiers-gasstrategie-widerspricht-klimaschutz.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202012.%20Oktober%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 10.10.19

Zum Fahrplan für erneuerbares Gas

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/altmaiers-gasstrategie-widerspricht-klimaschutz-deutsche-umwelthilfe-stellt-branchenuebergreifenden/>

Zu den Eckpunkten für eine nachhaltige Gasstrategie

https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/Eckpunktepapier_Nachhaltige_Gasstrategie.pdf

Blauer oder grüner Wasserstoff?

Das Wirtschaftsministerium setzt auch auf klimaschädlichen blauen Wasserstoff aus Erdgas und bereitet möglicherweise neue Laufzeitverlängerung von AKWs vor. Während Forschungsministerin Karliczek die Lösung in grünem Wasserstoff, produziert mit Solarstrom aus der Sahara, sieht, setzt das Wirtschaftsministerium weiterhin auf blauen Wasserstoff aus klimaschädlichem Erdgas.

Dies zeigten die Aussagen von Staatssekretär Bareiß auf dem parlamentarischen Abend über „die industriepolitischen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Nationale

Strategie Wasserstoff (NSW)“, gemeinsam ausgerichtet vom Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWW), dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und der Clean Energy Partnership (CEP) am 25. November in Berlin. Staatssekretär Bareiß beklagte sogar den Ausstieg aus der Atomkraft, da dieser in Baden-Württemberg angeblich zu 7 TWh Stromimporten aus Frankreich geführt haben soll. Bareiß ignoriert dabei, dass sich seit dem Merkel'schen Ausstiegsbeschluss der Nettostromimport aus Frankreich von 14 TWh in 2010 auf gut 8 TWh in 2018 deutlich verringert hat und, dass Deutschland im gesamten Stromhandel in 2018 mit allen Nachbarn im Gegenteil mit 46 TWh zuletzt einen sehr hohen Exportüberschuss erzielt hat. Dieser lag vor dem Atomausstiegsbeschluss in 2010 mit 6 TWh noch um 40 TWh geringer. Von zunehmenden Importen durch den Atomausstieg kann also keine Rede sein. (Siehe Energy Charts des Fraunhofer ISE)

Solche Aussagen sind höchst bedenklich und besorgniserregend, in ähnlicher Art dienten sie bereits 2009 zur Vorbereitung der Laufzeitverlängerung der Atomkraft unter Kanzlerin Merkel. Der Abgeordnete Bareiß spielte damals als Energiepolitischer Sprecher eine wichtige unterstützende Rolle in der CDU-Bundestagsfraktion.

Quelle: Hans-Josef Fell, https://www.sonnenseite.com/de/energie/blauer-oder-gruener-wasserstoff.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2007.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 4.12.2019

Nord-CDU plant längere AKW-Laufzeiten

Zu sich häufenden Meldungen aus den Reihen der CDU, die Laufzeiten für Atomkraftwerke zu verlängern, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer: „Angesichts von milliardenschweren Entlastungen wie auch Zahlungen aus Steuermitteln im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Atomausstieg zugunsten der Atomwirtschaft, wären AKW-Laufzeitverlängerungen ein faktischer Betrug am Steuerzahler. Statt über Aufkündigung des Atomausstieges zu spekulieren und damit der Gesellschaft eine Fortsetzung von Risiken und ungelöster Endlagerung zuzumuten, sollte die CDU endlich die Blockade der Energiewende aufgeben.“

Woche für Woche unterlässt es Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, die gesetzliche Abschaffung des sogenannten Solardeckels vorzulegen und benutzt diesen als Faustpfand für Abstandsregelungen gegen Windenergie, mit denen zehntausende Arbeitsplätze verloren gehen werden. Beides ist mit den Energiewende- und Klimaschutzzielen Deutschlands sowie auch der Großen Koalition nicht vereinbar. Statt auf Wind und Sonne nun wieder auf Atomenergie setzen zu wollen, ist eine Bankrotterklärung gegenüber nachfolgenden Generationen.“

Quelle Dr. Nina Scheer, MdB https://www.sonnenseite.com/de/politik/nord-cdu-plant-mit-langeren-akw-laufzeiten-abetruga-am-steuerzahler.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20Februar%202020%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 26.1.20

Kohleausstieg ohne Klimaschutz

Deutschland zahlt Milliarden für den Kohleausstieg. Doch ob der das Klima wirklich schützt, hängt von einem teuren Detail ab.

Nachdem sich Vertreter von Industrie, Gewerkschaften und Umweltverbänden in den vergangenen Tagen schon kräftig auf den geplanten Mindestabstand für neue Windräder eingeschossen haben, werden nun abermals Zweifel an der klimapolitischen Wirksamkeit laut. Mehren sich Befürchtungen, dass die Abschaltung der CO₂-intensiven Kohlekraftwerke ohne Emissionsminderung erfolgen könnte. Anlass ist ein vage

formulierter Passus auf Seite 126 von jenem Gesetzesentwurf, der vom Wirtschaftsministerium als Grundlage für Kohleausstieg erstellt wurde. Darin heißt es schlicht, Deutschland habe die entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt, „dass im Fall der Stilllegung von Stromerzeugungskapazitäten aufgrund zusätzlicher nationaler Maßnahmen die Bundesregierung festlegen kann, dass Berechtigungen aus der zu versteigernden Menge an Berechtigungen gelöscht werden“.

So sind Kraftwerksbetreiber dazu verpflichtet, Berechtigungsscheine für jede ausgestoßene Tonne CO₂ zu ersteigern. Diese sind europaweit handelbar, so dass Unternehmen wie RWE überschüssige Zertifikate an ausländische Betriebe verkaufen können. Wenn nun der Kohleausstieg politisch verordnet wird, bleibt die Emissions-Obergrenze trotzdem erst mal gleich. Sie wird immer noch erreicht, die Emissionen sinken nicht, sie geschehen nur anderswo. Das funktioniert so: Erst sinkt die Nachfrage nach Zertifikaten, dann der Preis, dann kaufen Kohlekraftwerke aus anderen Ländern die Zertifikate und stoßen die Klimagase aus.

Ökonomen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) nannten die Löschung von Zertifikaten aus diesem Grund schon vor einigen Monaten „essentiell für die Absicherung der Risiken des Kohleausstiegs“; möglich machte das die Absenkung der Zertifikatenumenge, die alle paar Wochen von der Deutschen Emissionshandelsstelle, einer Zweigbehörde des Umweltbundesamts, versteigert wird.

Die Kohlekommission hatte in ihrem Abschlussbericht zu Jahresbeginn empfohlen, für die abgeschaltete Kohlestromerzeugung, sollen so viel weniger Zertifikate auktioniert werden. Ökonomen und Vertreter der Kohlekommission laufen Sturm gegen den geplanten Gesetzesentwurf.

Das Bundeswirtschaftsministerium gibt sich schmallippig und verweist auf die sogenannte Marktstabilitätsreserve, mit der die EU Überschüsse in der gehandelten Menge an Zertifikaten abschmelzen will. Also werde eine Löschung im Rahmen des Kohleausstiegs nicht erwogen, machte eine Sprecherin deutlich. Die Reserve werde ohnehin abgebaut, ein deutscher Kohleausstieg führe also in jedem Fall zur Verlagerung von Emissionen ins Ausland, hält der Magdeburger Umweltökonom Joachim Weimann dagegen.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/zertifikatehandel-deutschland-droht-ein-kohleausstieg-ohne-klimaschutz-16497052.html> , 24.11.19

Regierung will Netz-Ausbau durch Stromerzeuger finanzieren

Per Gesetz will Wirtschaftsminister Altmaier künftig alle Stromerzeuger verpflichten können, sich am Ausbau überlasteter Netze zu beteiligen – auch wenn es um erneuerbare Energien geht. Vor allem Windparkbetreiber im Norden könnten betroffen sein.

Windparkbetreiber in Gebieten mit überlasteten Stromnetzen sollen sich einem Zeitungsbericht zufolge künftig an den Kosten des Netzausbaus beteiligen. Das berichtete die „Neue Osnabrücker Zeitung“ unter Berufung auf einen Gesetzentwurf von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zum Kohleausstieg.

Demzufolge kann die Bundesregierung künftig alle Stromerzeuger verpflichten, bei einem Neuanschluss ans Netz oder einer „wesentlichen Erhöhung der Anschlussleistung“ einen „netzkostenorientierten Ausbauzuschuss“ zu zahlen. Insbesondere könne dessen Zahlung auf „Gebiete beschränkt werden, die durch eine Überlastung des Übertragungsnetzes gekennzeichnet sind“, heißt es in dem Referentenentwurf aus Altmaiers Ressort.

Zuvor hatte sich das Klimakabinett auf eine bundeseinheitliche Abstandsregelung von 1000 Metern von Windrädern zu Wohnsiedlungen verständigt. Fünf nebeneinander stehende Häuser sollen als Wohnsiedlung gelten, wie es in dem Gesetzentwurf des zuständigen Wirtschaftsministerium heißt. Den Bundesländern steht es laut Gesetzentwurf

allerdings frei, abweichende Regelungen zu treffen. Bisher gibt es von Land zu Land unterschiedlich strenge Vorgaben.

Unterdessen wirbt Bundesumweltministerin Schulze für den Bau von Windkraftanlagen in Deutschland auch auf privaten Waldflächen.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/kostenzuschuss-zum-netzausbau-der-naechste-nagel-im-sarg-der-windenergie-16488459.html> , 16.11.19

„Vernunftkraft“ im Wirtschaftsministerium

Der Bundesverband Windenergie (BWE) befürchtet dramatische wirtschaftliche Schäden und wirft der Bundesregierung fatale Fehler vor.

Die bundesweite Initiative „Vernunftkraft“ etwa, hat sogar direkten Zugang im Wirtschaftsministerium. Denn ihr erster Vorsitzender Nikolai Ziegler arbeitet dort als Referent für Digitalisierung. Zwar hat er damit nicht direkt etwas mit der Energiepolitik des Hauses zu tun, aber laut taz soll er sich in jüngster Zeit über enge Kontakte zum zuständigen CDU-Staatssekretär Thomas Bareiß auch beim Thema Windkraft eingebracht haben.

Die Initiative Vernunftkraft versteht sich als Plattform, die bundesweit Bürger dabei unterstützt, geschlossen gegen Windkraftprojekte vorzugehen. Oftmals werden unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Argumente gegen die Windkraft vorgebracht. Flora und Fauna würden unter der Windkraft leiden. Vor allem Vögel und Insekten würden zu Tausenden in den Rotorblättern zu Tode kommen. Daß der Klimawandel, die Umwelt der Tiere zerstört, unterschlagen sie.

Nicht nur die „Vernunftkraft“ arbeitet direkt aus dem Wirtschaftsministerium gegen den Windkraft-Ausbau. Seit Anfang September leitet die Abteilung „Energiepolitik, Strom und Netze“ Stephanie von Ahlefeldt. Zuvor war von Ahlefeldt im Büro von CDU-Fraktionsvize und Union-Mittelstandschef Carsten Linnemann beschäftigt und davor beim CDU-Abgeordneten Michael Fuchs tätig. Beide sind Gegner der Energiewende. Fuchs gilt als großer Atomkraftbefürworter, der am liebsten den Atomausstieg rückgängig machen würde. Und Linnemann stellt die Energiewende Deutschlands vor dem Kosten Nutzen Faktor in Frage, da Deutschland nur einen geringen Anteil am globalen CO₂-Ausstoß habe. Auch setzt er sich seit vielen Jahren für striktere Abstandsregeln bei der Windkraft ein. Nun könnte er Erfolg haben. Mit von Ahlefeldt sitzt nun eine Vertraute von Linnemann am Schalthebel.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/politik/so-einflussreich-sind-die-gegner-der-windkraft/> 22.11.19

Infraschall

"Vernunftkraft" behauptet, bei Windkraftanlagen würde starker Infraschall entstehen.

Zumindest bei den gemessenen Anlagen ist das nicht zutreffend. Infraschall entsteht bei jeder Drehbewegung, auch z.B. bei jeder Waschmaschine. Bei den WKA bleibt er aber deutlich unter der Wahrnehmungsschwelle. In einer Studie des Bundesumweltamt (UBA) zu Infraschall steht (Seite 70), daß Infraschall ab einer Lautstärke von 75dB wahrnehmbar ist.

Infraschallmessungen ergaben Meßwerte zwischen 30-40dB in der Nähe von WKA (Seite 99). Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich um eine logarithmische Skala bei dB handelt. Es liegen 35 dB dazwischen, also der Faktor 50. Also erst ein 50fach höherer Schalldruck ist bei Infraschall normalerweise wahrnehmbar. Deutliche negative Auswirkungen durch Infraschall auf Menschen sind ab 100 dB experimentell nachweisbar.

Quelle: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_40_2014_machbarkeitsstudie_zu_wirkungen_von_infraschall.pdf

Claudia Kemfert vom DIW zum Klimapaket

Geld für eine nachhaltige Zukunft bereitzustellen ist prinzipiell richtig. Aber Subventionen für klimaschonende Wirtschaft einzuführen, ohne gleichzeitig klimaschädliche Subventionen abzubauen, macht die Sache unnötig teuer. Rund 57 Milliarden Euro pro Jahr an Subventionen für fossile Technologien können wir sparen. Wenn wir zum Beispiel neue Ölheizungen nicht weiter finanziell fördern, müssen wir auch keine Abwrackprämien für alte Ölheizungen zahlen. Wieso zahlt man für Kerosin keine Energiesteuer und bei internationalen Flügen keine Mehrwertsteuer? Schluss damit, sofort!

Die Kaufprämie für E-Autos zu erhöhen ist rausgeschmissenes Geld, wenn wir nicht das Dieselpprivileg abschaffen. Wir brauchen endlich Kostenwahrheit: Klimaschädliches Verhalten muss teuer, klimaschonendes lohnend werden.

Den CO₂-Preis brauchen wir dringend, um die Emissionen im Verkehrs- und im Gebäudesektor substanziell zu senken. Es wäre gut, wenn wir mit 35 Euro pro Tonne anfangen, bis 2022 auf 80 Euro erhöhen und im Jahr 2030 bei 180 Euro pro Tonne CO₂ sind. Trotzdem braucht es noch zusätzliche Maßnahmen, also Förderung der energetischen Gebäudesanierung, mehr Geld in den Schienenverkehr, Ausbau der Ladeinfrastruktur und Stärkung des Rad- und Fußverkehrs.

Die Union will die Bepreisung per Emissionshandel umsetzen, die SPD favorisiert eine Steuer. Sinnvoller ist eindeutig die Steuer. Sie ist schneller umzusetzen, da sie – anders als der Emissionsrechtehandel – juristisch unangreifbar ist, deutlich weniger Transaktionskosten verursacht und Planungs- und Investitionssicherheit schafft. Wer Emissionshandel fordert, will in Wahrheit den Klimaschutz verzögern.

Alle Regierungsparteien wollen, dass die Verteuerung bei Sprit, Heizöl und Erdgas wieder komplett an die Bürger rückerstattet wird – durch Absenkung der Stromsteuer oder einen pauschalen Klimabonus. Davon profitieren vor allem jene, die wenig CO₂ produzieren. Wer sich durch exzessiven Lebenswandel klimaschädlich verhält, zahlt drauf. Das ist sozial und fair.

Zugleich sollte aber auch in die klimafreundliche Modernisierung investiert werden. So wird die deutsche Wirtschaft fit für die Zukunft und wir verhindern fossile Energiekriege in der Welt.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/deutschland/klimaschaedliche-subventionen-abbauen>
19.9.19, Zusammenfassung des Interviews

Hans-Josef Fell zum Klimapaket

Der Autor des EEG (Grüne) rechnet mit dem Klimapaket der Bundesregierung scharf ab. Er fordert eine Modernisierung des EEG mit festen Einspeisevergütungen statt der Ausschreibungen. Er kritisiert

- die Diskriminierung des Ökostromes und die erstickenden Bürokratie innerhalb des EEG
- die vorgebliche „Klimaschutzkampagne“ der INSM führte zu einer Diskussion über den CO₂-Preises und nicht über den Abbau der fast 50 Milliarden € schweren jährlichen Subventionen für fossile Energien
- sie bauen sogar noch neue Blockaden auf. Sie wollen mit der neuen Abstandsregelung von 1.000 Metern von der Wohnbebauung eine neue zusätzliche Windkraftverhinderung ins Gesetz schreiben. Damit wird der Ausbau der Windenergie an Land, der in diesem Jahr schon um 82% eingebrochen ist, wohl fast vollkommen beendet.
- während für die Kohleregionen tiefgreifende Strukturprogramme geplant sind, werden die Regionen in Deutschland in denen bereits zehntausende Arbeitsplätze

- durch den voranschreitenden Rückgang der Windkraft verloren gingen mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn entsprechende Gegenmaßnahmen angekündigt
- die Abschaffung des 52 Gigawatt-Deckel für die PV ist längst überfällig
 - Die Umsetzung der in einer EU-Richtlinie geforderten Aufhebung der finanziellen Diskriminierung von dezentraler Ökostromerzeugung und Vermarktung wird mit keinem Wort erwähnt. Genauso wenig gibt es Maßnahmen zur Aufhebung der Ausbaublockaden für Bioenergien, Geothermie und Wasserkraft.
 - Das Regierungsziel für 2025 von 40 bis 45% Ökostrom wird nicht erhöht, obwohl Mitte 2019 sogar schon 46% erreicht sind. Es scheint, dass Union und SPD mit dem 2025-Ziel tatsächlich ernst machen wollen und eine Verringerung des Anteils des Ökostromes anstreben, denn eine Anschluss-Regelung für EEG-Anlagen, die ab 2021 aus der Vergütung fallen (Post-EEG Anlagen) haben sie im Klimapaket nicht einmal angedeutet. Damit wird es ab 2021 sogar einen Abbau von Anlagen geben.

Quelle: Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group (EWG)

https://www.sonnenseite.com/de/politik/das-klimapaket-der-groko-ist-ein-zeugnis-des-kompletten-versagens.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20September%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.9.19

Bundesrechnungshof kritisiert Klimapaket

Wie das Magazin Der Spiegel unter Berufung auf einen Bericht an den Finanzausschuss des Bundestages berichtet, haben die Rechnungsprüfer zwei Kernbestandteile des Klimapakets begutachtet. Sie bewerteten nicht die Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß, sondern die finanzielle Seite. Das Ergebnis: Das Klimapaket ist teuer, bürokratisch und ungerecht.

Zu den Plänen im Gebäudebereich schreibt der Rechnungshof, dass "vor allem gut verdienende Steuerpflichtige" von den Steuerrabatten profitieren würden. Gestern hat das Kabinett das Gebäudeenergiegesetz beschlossen, mit dem der Klimaschutz in diesem Sektor geregelt werden soll. Wer sein Haus dämmt oder eine neue Heizungsanlage einbaut, kann die Ausgaben dem Gesetz nach steuerlich geltend machen.

Von solchen Ermäßigungen können diejenigen am meisten Gebrauch machen, die ein hohes Einkommen und das entsprechende Steueraufkommen haben. "Steuerpflichtige mit Renteneinkünften sowie mit geringen oder mittleren Einkommen können sie hingegen nicht oder nur teilweise nutzen", zitiert der Spiegel den Rechnungshofbericht.

Außerdem sieht die Behörde "erhebliche Vollzugsprobleme" wegen des hohen bürokratischen Aufwands, den die vorgesehenen Nachweispflichten mit sich bringen würden. Die Kontrolleure haben deshalb einen Gegenvorschlag: Sie empfehlen, eine "direkte und einkommensunabhängige Förderung zu prüfen".

Auch bei der geplanten Mobilitätsprämie ist dem Bundesrechnungshof zufolge der Verwaltungsaufwand zu groß für das "Entlastungsvolumen" von insgesamt 40 Millionen Euro.

Es geht um den Versuch, Berufspendler durch den vorgesehenen CO₂-Preis nicht zu stark zu belasten. Das soll eigentlich die "Pendlerpauschale" leisten – von der profitieren aber wieder besonders Personen mit hohem Einkommen. Die Mobilitätsprämie soll an Pendler gehen, die so wenig verdienen, dass sie keine Steuern zahlen – und sich damit auch keine Steuersenkung über die Pendlerpauschale sichern können. Das Problem laut den Rechnungsprüfern: Gerade diese Berufstätigen müssten in der Regel erst einmal vom Finanzamt erfasst werden – ein riesiger Aufwand.

Mehrere Studien – zum Beispiel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung oder aus einer Kooperation zwischen dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und seiner Ausgründung MCC – waren bereits zu dem Ergebnis gekommen, dass das Klimapaket arme Haushalte stärker belastet als solche mit hohem Einkommen.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/bundesrechnungshof-kritisiert-klimapaket> 24.10.19

Klimapaket der Bundesregierung verbietet neue Windräder

Es gibt viele paradoxe Stellen im Klimapaket der Bundesregierung, etwa die Erhöhung der Pendlerpauschale, die vor allem Besserverdienern zu gute kommt. Die Abstandsregelung für neue Windräder ist noch so eine. Pauschal 1.000 Meter müssen neue Anlagen demnach von Wohnhäusern Abstand halten. Schon im März hatte das Umweltbundesamt davor gewarnt und ausgerechnet: Dann stehen 25 bis 50 Prozent weniger Flächen zur Verfügung. Das bedeutet auch: Auf einen Schlag wird die Leistung neuer Windräder möglicherweise halbiert, von insgesamt 80 auf 40 Gigawatt. Eine Steigerung der Windenergiekapazität gegenüber dem Status quo wäre auf der verbleibenden Fläche kaum möglich.

Das Gutachten der Energieberater Navigant und das Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik im Auftrag des Wirtschaftsministeriums bestätigt Befürchtungen, daß sich die Fläche für neue Windräder je nach Ausgestaltung des Gesetzes um 10- 40% reduzieren wird. Besonders dramatisch wäre die Lage demzufolge für das Repowering, also die Erneuerung von alten Windrädern durch neue und leistungsstärkere. Befinden sich die Anlagen in einer Entfernung von weniger als 1.000 Metern zu Wohnhäusern dürfen sie nicht ersetzt, sondern müssten abgerissen werden.

Eine Untersuchung im Rahmen eines UBA -Forschungsvorhabens zeigt: Bereits ein pauschaler Abstand von 1.000 m würde die vorhandene Flächenkulisse um 20 bis 50 Prozent reduzieren. Eine Steigerung der Windenergiekapazität gegenüber dem Status quo wäre auf der verbleibenden Fläche nicht möglich. 65 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 wären in Deutschland bei Einführung eines Mindestabstands von 1.000 Metern zu Wohnbebauung nicht erreichbar. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 rund 67 bis 71 GW Windenergie an Land zu installieren, ist mit den aktuell ausgewiesenen Flächen ohnehin nur theoretisch und nicht praktisch erreichbar.

Deutschlandweit ist eine Fläche von rund 3.100 km² auf Ebene der Regional- und Bauleitplanung für die Windenergienutzung ausgewiesen. Dies entspricht etwa 0,9 Prozent der Fläche Deutschlands. Zwischen den Bundesländern bestehen große Unterschiede: Mit jeweils rund 2 Prozent stellen Schleswig-Holstein, Brandenburg, Hessen und das Saarland den größten Anteil ihrer Landesfläche für Windenergie bereit, in anderen Ländern wie Bayern liegt der Anteil weit unter einem Prozent. Etwa 50 Prozent der vorhandenen Bestandsflächen ist bereits mit Windenergieanlagen bebaut. Rund 40 Prozent der ermittelten Flächen befinden sich im Entwurfsstadium und ist in der Regel somit noch nicht nutzbar. Die rechtskräftigen Bestandsflächen verfügen aktuell über ein Zubaupotenzial von 23 GW. Insgesamt beträgt das theoretische Leistungspotenzial der potenziell nutzbaren Flächen bis 2030 rund 81 GW.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/wind/bundesregierung-plant-verbot-etlicher-neuer-windraeder/> 8.11.19

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/zdf-exklusiv-geplante-abstandsregel-fuer-neue-windanlagen-100.html> 5.11.19

https://www.sonnenseite.com/de/politik/geplante-abstandsregeln-fuer-windraeder-gefaehrden-klimaziele16644.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter

[%2023.%20November%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter](#)
21.11.19

Klimapaket

(Mitte Nov. im BuTag beschlossen, Nachverhandlungen im BuRat 16.12.19)

- in den Nachverhandlungen wurde entschieden, mit einem CO₂-Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂ bis 2025 schrittweise in den Sektoren Wärme und Verkehr einzusteigen. Die Grünen drohten, sonst die Erhöhung der Pendlerpauschale im Bundesrat über ihre Beteiligung in 10 Bundesländern zu verhindern. Die CDU kam den Forderungen der Grünen entgegen, die SPD versuchte dies zu verhindern, da sie den neuen CO₂-Preis für zu hoch hielt.

(FAZ, 17.12.19)

Klimapaket

Das Klimapaket tritt nun doch zu Jahresanfang in Kraft. Der Bundesrat winkte am Freitag den im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss durch. Am Donnerstag hatte bereits der Bundestag zugestimmt.

Der CO₂-Einstiegspreis ab 2021 erhöht sich von zehn auf 25 Euro und steigt dann um weitere fünf Euro jedes Jahr bis 2026. Die Bundesregierung legt dazu im Frühjahr ein geändertes Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vor.

Mit den Zusatzeinnahmen wird ab 2021 die EEG-Umlage stärker als bisher geplant gesenkt sowie ab 2024 die weitere Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer von 35 auf 38 Cent erhöht, ebenso die Mobilitätsprämie für geringe Einkommensbezieher. Gestrichen wird der besondere Grundsteuer-Hebesatz für Kommunen, in deren Bereich Windkraftanlagen gebaut werden. Die Bundesregierung soll dafür im Frühjahr gesetzliche Maßnahmen für andere Beteiligungsmodelle für Bürger und Gemeinden vorlegen.

Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden können künftig auch Kosten für Energieberater zur Hälfte steuerlich angerechnet werden.

Die Länder erhalten von 2021 bis 2034 jährlich 1,5 Milliarden Euro aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung. Von 2024 bis 2026 gleicht der Bund zudem den Länderanteil an den zusätzlichen Steuerausfällen aus der höheren Pendlerpauschale und der Mobilitätsprämie aus. Der Finanzausschuss des Bundesrates hatte zuvor ausgerechnet, dass die Steuerausfälle für Länder und Kommunen durch das Klimapaket in seiner ursprünglichen Form bei rund 1,3 Milliarden Euro liegen.

Durch die jetzige Einigung kann ab Anfang 2020 die Mehrwertsteuer bei der Deutschen Bahn wie vorgesehen von 19 auf sieben Prozent sinken. Zugfahrten im Fernverkehr werden Schnitt um zehn Prozent preiswerter. Besonders SPD-Politiker lobten im Bundesrat den verbesserten sozialen Ausgleich bei Pendlerpauschale und EEG-Umlage. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erlaubte sich zu bemerken, dass nach wie vor nicht klar sei, ob ein nationaler Emissionshandel mit einem auf Jahre festgelegten CO₂-Preis nicht doch nur eine verbrämte CO₂-Steuer und deswegen nicht verfassungskonform ist.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/deutschland/laender-loben-sich-fuer-klimapaket> ,
20.12.19

Rede von Greta Thunberg vor der UNO

„All das ist falsch. Ich sollte nicht hier oben sitzen. Ich sollte wieder in der Schule auf der anderen Seite des Ozeans sein. Doch Sie alle setzen eure Hoffnung auf uns jungen Menschen. Wie könnt ihr es wagen!

Ihr habt meine Träume und meine Kindheit mit euren leeren Worten gestohlen. Und doch bin ich eine der Glücklichen. Menschen leiden. Menschen sterben. Ganze Ökosysteme kollabieren. Wir stehen am Anfang eines Massensterbens, und alles, worüber ihr reden könnt, sind Geld und Märchen über ewiges Wirtschaftswachstum. Wie könnt ihr es wagen! Seit mehr als 30 Jahren ist die Wissenschaft sich einig. Wie könnt ihr es wagen, weiterhin wegzuschauen und hierher zu kommen und zu sagen, dass ihr genug tut, wenn die notwendige Politik und die notwendigen Lösungen noch nirgendwo in Sicht sind.

Ihr sagt, ihr hört uns und versteht die Dringlichkeit. Aber egal wie traurig und wütend ich bin, ich will das nicht glauben. Denn wenn ihr die Situation wirklich verstehen würdet und dennoch nicht handelt, dann wärt ihr böse. Und das weigere ich mich zu glauben.

Es ist ja nun populär, daran zu glauben, dass es ausreicht, den Ausstoß von Treibhausgasen innerhalb von zehn Jahren zu halbieren. Das aber bedeutet nur eine 50-prozentige Chance, die Erwärmung der Erde unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Das wiederum birgt das Risiko, irreversible Kettenreaktionen auszulösen. Diese befinden sich außerhalb der menschlichen Kontrolle.

Quelle: <https://kontrast.at/greta-thunberg-klimagipfel-rede-ganz/>

Greta Thunberg veröffentlicht Kurzfilm über die Klimakrise

Zusammen mit dem Journalisten George Monbiot hat die Klimaaktivistin Greta Thunberg ein Video produziert. Laut dem „Guardian“ soll er den Staatschefs und Beauftragten für Klima und Biodiversität der Vereinten Nationen in New York gezeigt werden. Der 3.41 Minuten lange Videoclip ist bei YouTube auf dem Kanal von Guardian News zu sehen – und auf der Website der Kampagne „Natural Climate Solutions“, die Monbiot in diesem Jahr gegründet hat.

„Es gibt eine magische Maschine, die Kohlendioxid aus der Luft saugt, sehr wenig kostet und sich selbst baut“, führt Monbiot aus. „Sie heißt... Baum.“ Mangroven, Moore, Regenwälder, Sümpfe, Meeresböden, Kelpwälder, Marsche und Korallenriffe seien daher eine „natürliche Klimälösung“ – und die Natur ein wichtiges Mittel, um das geschädigte Klima zu reparieren.

Shyla Raghav von der Non-Profit-Organisation „Conservation International“, die den Film mitfinanzierte, sagte dem „Guardian“: „Fakt ist, dass es uns ohne die Natur schlichtweg nicht gelingen wird, den Zusammenbruch des Klimas zu verhindern.“ Im Video betont Greta: Das Verrückte sei, dass wir dieses Mittel derzeit ignorieren. „Wir geben 1000 mal mehr für die globale Subvention von fossilen Energien aus als für naturbasierte Lösungen.“

Was sollten wir also tun, was solltest du tun?, fragen Greta und Monbiot. Und bringen die Lösung im Anschluss auf einen einfachen Dreiklang: „Wir müssen schützen, wiederherstellen und finanzieren“, erklärt Greta. Konkret bedeute das: Wir müssen die Natur vor der Zerstörung schützen, der bereits zerstörten Natur helfen, sich wieder zu regenerieren und aufhören, Dinge zu finanzieren, die die Natur zerstören – und stattdessen solche, die ihr helfen.

„Du kannst ein Teil davon sein“, appelliert Greta deshalb am Ende des Films. „Wähle Menschen, die die Natur verteidigen“, ergänzt Monbiot. Beide fordern dazu auf, das Video zu teilen und darüber zu sprechen. „Alles zählt. Was du tust, zählt.“

Quelle: Utopia.de“ (Brigitte Rohm) https://www.sonnenseite.com/de/tipps/greta-thunberg-veroeffentlicht-kurzfilm-ueber-die-klimakrise.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite

https://www.youtube.com/watch?v=-Q0xUXo2zEY&feature=emb_logo
[Newsletter 24.9.19](mailto:Newsletter%2028.%20September%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter)
https://www.youtube.com/watch?v=-Q0xUXo2zEY&feature=emb_logo

Klima-Heldin Greta: Das sind ihre 7 stärksten Zitate

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 20. August 2018, protestierte Greta Thunberg zum ersten Mal vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz. Damit legte sie den Grundstein für eine der größten Jugendbewegungen unserer Zeit: Fridays for Future. Die junge Klimaaktivistin spricht seitdem regelmäßig vor großen Menschenmengen und auf wichtigen Veranstaltungen: bei der Klimakonferenz in Kattowitz, beim Weltwirtschaftsforum in Davos, bei Großdemonstrationen in London und Helsinki, bei einem TED-Talk in Stockholm – viele weitere Reden sollen folgen. Innerhalb kürzester Zeit ist Greta Thunberg zur Symbolfigur im Kampf gegen den Klimawandel geworden und inspiriert und mobilisiert Tausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Dabei ist sie weder gefällig noch nett, sie bittet nicht, sie ermahnt niemanden – Greta Thunberg klagt an: Politiker und Entscheidungsträger, Konzernchefs und Klimaleugner. Wenn das 16-jährige Mädchen mit den geflochtenen Zöpfen über den Klimawandel spricht und verlangt, dass endlich etwas getan wird, dann macht sie das so eindrucksvoll, dass ihre Zuhörer keinen Mucks mehr von sich geben, Politiker betreten zu Boden schauen und Machthaber nervös werden.

Im Oktober 2018 hielt Greta eine beeindruckende Rede auf einer Klima-Demonstration in Helsinki. Laut den Veranstaltern war es die größte in Finnland bis dahin. Sie erklärte klar und deutlich: **„Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“** Mit ihrem Schulstreik für das Klima wurde Greta Thunberg im August 2018 bekannt: Die damals 15-Jährige setzte sich ganz allein auf die Treppenstufen vor das schwedische Parlament, statt zur Schule zu gehen. Neben sich ein Schild mit der Aufschrift: „Schulstreik für das Klima“, vor sich ein Stapel Flyer, auf denen stand: **„Ich mache das, weil ihr Erwachsenen auf meine Zukunft scheißt.“**

Greta Thunberg nimmt den Kampf gegen den Klimawandel selbst in die Hand. In Erwachsene hat sie kein großes Vertrauen. Das machte sie auch in ihrer Rede klar, die sie beim Weltwirtschaftsforum in Davos hielt. Sie erklärte: **„Erwachsene sagen immer: ‚Wir schulden den jungen Leuten Hoffnung.‘ Aber ich will eure Hoffnung nicht. Ich will nicht, dass ihr hoffnungsvoll seid.“** **„Ich will, dass ihr in Panik geratet. Ich will, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre. [...] Ich will, dass ihr handelt, als würde euer Haus brennen. Denn es brennt.“**

Dieselbe Veranstaltung, ein anderer Ort: Im Panorama Dome in Davos saß Greta an einem Tisch vor dem Podium. Dort diskutierten U2-Frontman Bono, der Musiker Will.i.am, die Verhaltensforscherin Jane Goodall und die Diplomatin Christiana Figueres über die Zukunft unseres Planeten. Als der Moderator Greta fragte, ob sie noch etwas hinzufügen wolle, stand sie ohne zu zögern auf und erklärte: **„Einige Leute, einige Unternehmen, vor allem einige Entscheidungsträger haben genau gewusst, welchen unbezahlbaren Wert sie opfern, um weiterhin unvorstellbare Mengen Geld zu verdienen. Und ich glaube, viele von Ihnen, die heute hier sind, gehören zu dieser Gruppe Menschen.“**

Ihre Worte haben große Kraft, Greta scheint das zu wissen. Auf der Klimakonferenz in der polnischen Stadt Kattowitz erklärte sie hochrangigen Staatsvertretern und dem UN-Generalsekretär: **„Ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, einen Unterschied zu machen.“**

Ein Zitat, das Greta immer wieder in ihren Reden verwendet – unter anderem auch beim Klimagipfel in Kattowitz –, lautet: **„Wir betteln nicht bei Entscheidungsträgern um ihre Anteilnahme. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert, und sie werden es weiterhin tun. Aber die Dinge werden sich ändern, ob es ihnen gefällt oder nicht.“**

Seit Greta in der Öffentlichkeit steht, werden auch häufiger kritische Stimmen laut. Viele werfen ihr Schwarz-Weiß-Denken vor, und dass sie den Klimawandel vereinfache. Denen hält sie in einem offenen Brief entgegen: **„Entweder begrenzen wir die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau, oder wir tun es nicht. Entweder wir erreichen einen Kipppunkt, an dem wir eine Kettenreaktion mit Ereignissen beginnen, die weit über die menschliche Kontrolle hinausgehen, oder wir tun es nicht. Entweder wir bleiben eine Zivilisation, oder wir tun es nicht.“**

Quelle: <https://utopia.de/greta-thunberg-zitate-128025/> 15.9.20 von Stefanie Jakob (Anmerkung: Dieser Artikel ist ursprünglich im Februar 2019 entstanden)

Die Auswirkungen des Rückzugs der USA aus dem Pariser Klimaabkommen

Der „Climate Action Tracker“ (CAT) veröffentlicht unabhängige wissenschaftliche Analysen, welche staatlichen Klimaschutzmaßnahmen mit dem weltweit vereinbarten Ziel misst, die Erwärmung deutlich unter 2°C zu halten und die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. CAT ist ein Zusammenschluss von Climate Analytics, Ecofys und dem NewClimate Institute.

Der Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen und die Rücknahme nationaler Klimapolitik durch die Trump-Administration werden dazu führen, dass die Treibhausgasemissionen der USA im Jahr 2030, verglichen mit den heute noch geltenden Vorschriften, um mindestens 3% höher sein wird. Dennoch prognostiziert CAT, dass die US-Emissionen um 2% unter dem liegen werden, was noch im Zuge der Machtübernahme von Trump (ebenfalls von CAT) prognostiziert wurde. Insgesamt werden die Emissionen dann 13% unterhalb des Niveaus von 2005 sein.

Durch Trump konnte der schnelle Rückgang bei der Kohleverstromung und den Anstieg der Erneuerbaren Energien nicht gestoppt werden. Trotz der Schwächung des „Clean Power Plans“ dürfte der US-Stromsektor somit seine Emissionsminderungsziele übertreffen.

Die Aktivitäten der Regierung haben, insbesondere durch die verstärkten Gasexporte, jedoch auch erhebliche Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen außerhalb der USA. Die Befürchtungen, dass der Austritt viele andere Länder ebenso dazu animieren könnte sich aus dem Pariser Abkommen zurückziehen, haben sich jedoch als unbegründet erwiesen.

Die Marktkräfte der billigeren Erneuerbaren Energien und des Erdgases haben die Kohlekraftwerke unter wirtschaftlichen Druck gesetzt, in diesem Jahr mussten bereits acht Konkurs anmelden. Diese Marktkräfte spiegeln sich in aktuellen Prognosen wider, die zeigen, dass die Trump-Administration zwar den Clean Power Plan ersetzt hat, der Energiesektor aber immer noch das ursprüngliche Ziel, die Emissionen bis 2030 um 32% unter das Niveau von 2005 zu senken, übertreffen wird. Obwohl die Trump Administration versucht hat, diesen Trend umzukehren, ist es ihr nicht gelungen.

Es ist jedoch beunruhigend, dass die Emissionen außerhalb der USA aufgrund der erheblichen Unterstützung für die Produktion fossiler Brennstoffe und der Exporte in den USA zunehmen könnten. Hier ist vor allem das unkonventionelle Gas durch Fracking hervorzuheben. Die USA sind heute der weltweit größte Produzent von Erdöl und Erdgas. Die LNG-Exporte stiegen von 2017 bis 2018 um 53% und dürften sich bis 2020 mehr als verdoppeln. Die USA fördern die Entwicklung neuer gasbezogener Infrastrukturen (LNG-Häfen und -Pipelines) im Ausland, um ihren Exportmarkt zu erweitern.

Quelle: <https://www.dgs.de/news/en-detail/081119-die-auswirkungen-des-rueckzugs-der-usa-aus-dem-pariser-klimaabkommen/> , 10.11.2019

China pflanzt Bäume in der Wüste Gobi

In China werden Teile der Wüste Gobi wieder aufgeforstet. Insgesamt wurden bis heute schon 45 Millionen Hektar Wald aufgeforstet (eine Fläche größer als Deutschland), womit auch ein weiteres Ausbreiten der Wüste Gobi verhindert werden konnte. Die Landflucht und die Wanderarbeiterbewegung in China wurde so auch gebremst.

Besonders für die Region Peking hat es eine enorme Entlastung gebracht: Es gibt dort keine Sandstürme mehr. Die chinesische Region um Peking, so groß wie Bayern, aber bewohnt von 130 Millionen Menschen, wurde regelmäßig von schweren Sandstürmen aus der Wüste Gobi heimgesucht, an durchschnittlich 56 Tagen im Jahr in den 50ern. Heute ist das nicht mehr der Fall.

Die Wüste konnte sich aufgrund von massiver Abholzung in den vorherigen Jahrzehnten ausbreiten. Bis 2050 soll ein 4.500km langer und 100km breiter „wiederaufgeforsteter Schutzwall“ entstehen.

Die äthiopische Regierung hat das chinesische Modell aufgegriffen und hat in einer groß angelegten Aktion alleine an einem Tag 350 Millionen Bäume pflanzen lassen. Vor 50 Jahren war das Land noch zu 40% bewaldet, heute sind es nur noch 15%. Nun wird seit Mai 2019 ein riesiges Aufforstungsprogramm begonnen, von den geplanten vier Milliarden bis Oktober sind bisher fast drei Milliarden Bäume gepflanzt worden.

Quelle: Hans-Josef Fell, Energy Watch Group,

https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/china-hat-riesige-teile-der-wueste-gobi-wieder-aufgeforstet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20September%202019%20%3A%3A%20&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 11.9.19

IPCC-Bericht des Klimawandels auf Weltmeere und Eisgebiete

Der Sonderbericht liefert Belege für dramatische Veränderungen in allen Weltmeeren: Erwärmung und Versauerung nehmen zu, der Sauerstoffgehalt in den Ozeanen geht zurück. Global zeigt sich ein erheblicher Rückgang der Eismassen: Gletscher und polare Eisschilde verlieren an Masse, Schneebedeckung und Permafrost gehen zurück. Bei weiterer Erwärmung würden bislang noch seltene Extremereignisse wie Sturmfluten und starke tropische Wirbelstürme intensiver und häufiger.

Laut IPCC steigt der Meeresspiegel seit Jahrzehnten immer schneller. Ohne effektiven Klimaschutz steigt der Meeresspiegel im globalen Mittel bis Ende dieses Jahrhunderts – im Vergleich zum Jahr 2000 – um 61 bis 110 cm. Diese Werte sind größer als beim vorigen IPCC-Sachstandsbericht von 2013, weil neue Erkenntnisse auf einen größeren Beitrag von Schmelzwasser aus dem Antarktischen Eisschild hinweisen. Der Meeresspiegel wird noch über Jahrhunderte weiter ansteigen, bei einem Szenario ohne effektiven Klimaschutz möglicherweise um mehrere Meter.

Der Ozean und die Eisgebiete spielen eine Schlüsselrolle im globalen Klimasystem: Der Ozean puffert die Erwärmung der Atmosphäre ab, indem er etwa 30 Prozent der anthropogenen CO₂-Emissionen und etwa 90 Prozent der zusätzlichen Energie durch den Treibhauseffekt aufnimmt. Die Reflexion einfallender Sonnenstrahlung an Eis- und Schneeflächen mindert die globale Erwärmung. Globale Meeresströmungen transportieren wie riesige Umwälzpumpen Wärme und Süßwasser und beeinflussen so die regionalen Klimabedingungen.

Das Eintreten von sogenannten Kipp-Punkten, wie zum Beispiel Instabilitäten von Eisschilden der Antarktis, der Zusammenbruch der atlantischen Zirkulation (der Golfstrom ist Teil davon) oder massive Freisetzung von Treibhausgasen aus tauendem Permafrost, würde zu dramatischen und meist irreversiblen Folgen führen. Es besteht nach wie vor eine hohe Unsicherheit im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit und die Temperaturschwellen dieser Prozesse; es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass einzelne Kipp-Punkte bereits bei 1,5 Grad bis 2 Grad Celsius Temperaturanstieg gegenüber dem vorindustriellen Niveau noch in diesem Jahrhundert erreicht werden könnten.

Durch die globale Erwärmung verschieben sich Klimazonen zu Land und in den Ozeanen weiter und nicht immer können Arten und Ökosysteme mitwandern. Der Klimawandel wird zunehmend auch die Fischerei beeinträchtigen, insbesondere in den Tropen. Wegen der schwindenden Gebirgsgletscher ist regional mit einem Mangel an Frischwasser zu rechnen. Die Folgen für Infrastruktur, Ernährungssicherheit, Küstenschutz und Tourismus werden vermutlich gravierend sein. Schon ab Mitte des Jahrhunderts könnten die mit ungebremsten Treibhausgas-Emissionen verbundenen Veränderungen der Meere und Eisgebiete die Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen und Gesellschaften teilweise überschreiten.

Quelle: Sonderbericht Ozean und Kryosphäre (SROCC)

https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/ipcc-bericht-belegt-dramatische-auswirkungen-des-klimawandels-auf-weltmeere-und-eisgebiete.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20September%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 25.9.19

Klimakonferenz in Madrid

Die Klimakonferenz im Dezember 2019 wurde von Chile wegen politischer Unruhen kurzfristig nach Spanien verlegt. Brasilien, Australien, Saudi-Arabien und die USA versuchten die Klimakonferenz auszubremsen. Eine neue weltweite Dynamik für mehr Klimaschutz wurde nicht in Gang gesetzt. Die Industriestaaten lehnen eine Doppelanrechnung und die Einbeziehung von Emissionsrechten aus alten Handelsperioden ab. Beides würde den Markt mit Zertifikaten überschwemmen. Seitdem sich die USA sich aus dem Pariser Abkommen zurückgezogen haben, hat China massiv Kohlekraftwerke errichtet und seine Investitionen in erneuerbare Energien halbiert. Eine weitere Frage ist, ob den armen Staaten die Verluste und Schäden durch den Klimawandel erstattet werden sollen. Die Industriestaaten verweigern hierfür einen Fonds. Brasilien versuchte in der Abschlusserklärung einen Hinweis auf die IPCC-Berichte zur Landnutzung und zu Ozeanen zu streichen, das wurde aber verhindert. Die nächste Konferenz wird in Glasgow im November 2020 stattfinden. (FAZ, 7.+16.12.19)

„Diese Klimakonferenz war ein Angriff auf das Herz des Pariser Abkommens“, kommentiert Greenpeace. Auf der Madrider UN-Klimakonferenz wurde der weltweite Protest der Jugend wieder einmal kräftig und nachhaltig gelobt. Auch Greta Thunberg konnte wieder eine aufrüttelnde Rede halten und bekam dafür viel Beifall. Aber was ist das wirkliche Ergebnis dieser Mammut-Konferenz mit 25.000 Teilnehmern? Die EU bekannte sich zusammen mit China, Indien, Südafrika und den kleinen Inselstaaten erneut zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Die Bremser von Madrid - die USA, Brasilien und Australien - konnten sich mit ihren Forderungen nach einem ungezügelter, weltweiten Emissionshandel nicht durchsetzen. Ein globaler gefährlicher

Emissionshandel, der so zum Verschiebepark von CO₂-Emissionen geworden wäre, wurde abgewendet.

Deutschland muss sich dem klimapolitischen Aufbruch der EU endlich ohne Wenn und Aber anschließen, vor 2038 aus der Braunkohle aussteigen und sich an progressiven Klimavorreitern in Europa orientieren. Schweden will sich schon ab 2020 von fossilen Energien verabschieden. Bereits 1991 hat Schweden eine CO₂-Steuer von 35 Euro pro Tonne eingeführt. Heute beträgt die Steuer 115 Euro. Und die schwedische Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen. Es kam vielmehr zu einem kompletten Umdenken in der Energiewirtschaft und in den Energieverbräuchen. Die zweitgrößte schwedische Stadt, Göteborg, wird bereits zu 90% mit Fernwärme versorgt. Die Wärme entsteht aus Abfallverbrennung. Großbritannien steigt bis 2025 komplett aus der Kohle aus. Dänemark macht im Gegensatz zu Deutschland eine vorbildliche Verkehrspolitik. Seine Hauptstadt Kopenhagen ist die fahrradfreundlichste Stadt Europas – noch vor Amsterdam und Utrecht in den Niederlanden. Über die Hälfte aller Kopenhagener radeln mit dem Fahrrad zur Arbeit, nur noch 9% fahren mit dem Auto zum Job. In Amsterdam sollen ab 2030 Benzin- und dieselbetriebene Autos verboten werden und nur noch E-Autos erlaubt sein.

Die Lösung ist längst bekannt: Sie steht am Himmel. Die Sonne schickt uns jede Sekunde unseres Hierseins 15.000mal mehr Energie als zurzeit 7.7 Milliarden Menschen verbrauchen. Hinzu kommen Windkraft, Bioenergie, Wasserkraft, Erdwärme sowie Strömungs- und Wellenenergie der Ozeane. Die Welt ist voller Energie. Wir müssen nur lernen, die zukunftsfähigen, erneuerbaren Energiequellen zu nutzen. Sie stehen uns in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Quelle: gekürzter Kommentar von Franz Alt zur Klimakonferenz, https://www.sonnenseite.com/de/franz-alt/kommentare-interviews/madrider-klimagipfel-verrat-an-den-armen-und-unseren-kindern.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202021.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 15.12.19

Zusammenfassung eines Interviews mit Klimaforscher Mojib Latif:

Ich wäre dafür, dass sich eine Allianz der Willigen bildet, aus Ländern, die beim Klimaschutz vorangehen wollen. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die EU hat beschlossen, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das ist das richtige Signal, aber die EU hat mit dem Green Deal eine große Verantwortung auf sich genommen. Scheitert die EU mit der Initiative, wäre das ein fatales Signal an die anderen Länder. Die EU sollte sich Partner suchen. Zum Beispiel China, den mit 28 Prozent Anteil an den weltweiten Emissionen größten Verursacher von CO₂. Hier stecken auch enorme wirtschaftliche Chancen.

Ich setze zum Beispiel auf die nordeuropäischen und baltischen Länder. Eine Kooperation mit Nordafrika wäre ebenfalls wünschenswert. Die Region ist mit erneuerbarer Energie gesegnet. Man würde dort zudem die Demokratisierung fördern.

Um das 1,5-Grad-Limit aus dem Paris-Vertrag einzuhalten, müssten die globalen Emissionen ab 2020 jedes Jahr um mehr als 7% sinken.

Das CO₂ großtechnisch wieder aus der Luft holen wird wohl die einzige Option sein, um eine Überhitzung der Erde zu vermeiden. Aufforstung wäre ein probates Mittel, sie wird aber nicht ausreichen. Geoengineering lehne ich strikt ab. Die Risiken wären viel zu groß und der finanzielle Aufwand völlig unakzeptabel. Ich plädiere für die industrielle Nutzung von CO₂ aus der Luft, etwa in Form synthetischer Treibstoffe.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/wir-brauchen-eine-allianz-der-willigen> 16.12.2019

Minimalkompromiss in Madrid wird Klimakrise nicht gerecht

NABU:

Die wichtigsten Verhandlungen drehten sich um das Regelwerk für Artikel 6 des Pariser Abkommens, der sich mit der Ausgestaltung von Handelsmechanismen beschäftigt. Bei dieser COP ist es nicht gelungen, ein Regelwerk zu verabschieden, mit dem Doppelzählungen von Emissionen und die Übertragung von Zertifikaten aus dem Kyoto-Protokoll ausgeschlossen werden können. Unter diesen Umständen ist es positiv zu bewerten, dass sich die Delegierten nicht auf einen schlechten Kompromiss geeinigt, sondern diese Verhandlungen auf das nächste Jahr vertagt haben.

Auch die nationalen Klimaschutzpläne spielten eine große Rolle in den Verhandlungen. "Wir haben zwar von Deutschland und der EU klare Zeichen für eine Steigerung der Klimaschutzambitionen für die COP 26 nächstes Jahr in Glasgow vernommen, doch der im Green Deal vorgezeichnete Ablauf dazu bereitet uns Sorgen. Der Zeitplan ist derart eng, dass wir befürchten, dass die EU die notwendige Vorreiterrolle zukünftig nicht mehr einnehmen kann.

Es ist wichtig, dass in der Klimadebatte der Erhalt von natürlichen Kohlenstoffsinken wie Mooren und Wäldern stärker in den Fokus gerückt wird, denn ohne sie ist eine Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad Celsius nicht mehr möglich.

Germanwatch:

Diese Weltklimakonferenz zeigt die Stärke und Schwäche des Pariser Abkommens: Alle Länder sehen, dass der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas nun in eine ernsthafte Phase kommt. Deshalb organisieren einige Staaten, die eng mit der Kohle- und Öl-Lobby verbandelt sind - wie die USA, Brasilien und Australien - eine letzte Abwehrschlacht. Aber die große Mehrheit der Staaten macht deutlich, dass sie fest entschlossen am Pariser Abkommen festhält und nächstes Jahr ihre Klimaziele und -pläne nachbessern will. Der European Green Deal ist eine gute Grundlage dafür, dass die EU hier vorangeht und internationale Partnerschaften zum Beispiel mit China, Indien und Südafrika organisiert. Die Bundesregierung muss im kommenden Jahr entscheidende Weichen stellen für die sozial gerechte und ökologische Transformation von Industrie, Landwirtschaft und Energiewirtschaft.

Quelle: https://www.sonnenseite.com/de/politik/minimalkompromiss-in-madrid-wird-klimakrise-nicht-gerecht.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 15.12.19

Klimakonferenz Madrid (COP 25)

Auf dem Weltklimagipfel in Madrid haben manche Staaten Klimaschutz massiv ausgebremst. Die Staaten wollten Regeln dafür festlegen, wie der internationale Handel mit Klimaschutz funktioniert. Und sie wollten prüfen, ob die Welt nachbessern muß beim Umgang mit Schäden und Verlusten, die infolge des Klimawandels anfallen. Beide Themen hatten es mit nationalen Interessen zu tun. Einige Länder blockierten die Verhandlungen massiv – mit teils absurden Forderungen.

Brasilien will die Treibhausgasreduktion aus manchen Klimaschutzprojekten an andere Länder verkaufen, die sich den Erfolg dann anrechnen dürften. Gleichzeitig möchte das lateinamerikanische Land sich den Erfolg am liebsten auch selbst anrechnen. Das würde auf dem Papier doppelt so viel Klimaschutz suggerieren, wie tatsächlich stattgefunden hat.

Im Grunde sind alle anderen Länder dagegen. Ignorieren können sie den Vorschlag trotzdem nicht, weil Beschlüsse auf Klimagipfeln einstimmig fallen. Und dann ist da noch die Sache mit den Alt-Zertifikaten. Schon unter dem Vorgänger des Paris-Abkommens, dem Kyoto-Protokoll, war der zwischenstaatliche Handel mit Klimaschutz möglich. Daraus sind noch Zertifikate über eingesparte Tonnen CO₂ zu Ramschpreisen übrig, die kaum für neuen Klimaschutz sorgen würden. Brasilien hat große Mengen der spottbilligen Zertifikate gehortet und will sie in den neuen Handel überführen. Um solche Trittbrettfahrer zumindest sichtbar zu machen, wollen die EU, die Schweiz oder Norwegen an entscheidender Stelle für Transparenz sorgen. Dafür wollten die Staaten sich in Madrid eigentlich auf ein Format für Tabellen einigen, in die die Staaten ihre Emissionen eintragen sollten, unterteilt nach Wirtschaftssektoren und nach Treibhausgasen – Kohlendioxid, Methan oder Lachgas. Nur: China will diese Art von Transparenz nicht bieten und blockierte das gesamte Projekt. Eventuell wird auf späteren Konferenzen weiterverhandelt. Fürs Erste sind die Tabellen aber wohl vom Tisch. Die USA sind eigentlich schon fast nicht mehr da. Die Vereinigten Staaten verlassen das Paris-Abkommen, seit einigen Wochen ist das offiziell in die Wege geleitet. Die Delegation hält sich deshalb aber nicht zurück. Vor allem beim Umgang mit den klimabedingten Schäden und Verlusten blockieren die USA. Die Konfliktlinie verläuft hier grundsätzlich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Reich und Arm. Die Industriestaaten haben die Klimakrise durch ihre Industrialisierung größtenteils verursacht und ihren Reichtum darauf aufgebaut. Die Entwicklungsländer leiden aufgrund ihrer geografischen Lage besonders unter den Folgen. Und es fehlt ihnen das Geld für den Wiederaufbau nach Katastrophen. Die Armen fordern deshalb Geld von den reichen Ländern, und zwar zusätzlich zu sonstigen Zahlungen. Die meisten Industrieländer halten die Füße still, so gut es geht. Eine vermeintlich technische Frage hält nun das Prozedere auf: Unter welchem "Dach" wird künftig darüber verhandelt? Unter dem Paris-Abkommen oder unter der Klimarahmenkonvention? Aus der 1992 verabschiedeten Konvention wollen die USA nicht austreten. Eigentlich war ihr Standpunkt deshalb, dass die Verhandlungen ausschließlich im Rahmen des Paris-Abkommens stattfinden sollen, bei dem sie ja ihren Ausstieg eingeleitet haben. Beobachter der Verhandlungen berichten aber empört von inoffiziellen Gesprächen, in denen die USA nun dafür eintreten, dass es auch innerhalb der Klimarahmenkonvention weitergehen soll. Dann hätten sie Kontrolle über den Punkt, obwohl sie sich am aktuellen Klimaabkommen gar nicht mehr beteiligen.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/die-blockade-meister> , 14.12.19

Emissions Gap Report 2019

Kurz vor dem Klimagipfel in Madrid legt das UN-Umweltprogramm düstere Zahlen vor. Der globale Treibhausgas-Ausstoß steigt ungebremst, zeigt der aktuelle Unep-Bericht. Um die Paris-Ziele einzuhalten, müssen die Länder ihre Anstrengungen um das Fünffache steigern und ihre Emissionen ab 2020 um knapp acht Prozent senken – jedes Jahr. Auch 2018 wurde demnach wieder ein neuer Rekordwert erreicht – und der Anstieg verläuft schneller als noch vor zehn Jahren. Um zwei Prozent sind die CO₂-Emissionen 2018 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – auf nunmehr 37,5 Milliarden Tonnen. Und das sind nur diejenigen Emissionen, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger und in der Industrie entstehen. Zählt man sämtliche Klimagase – also auch Methan und Lachgas – dazu, wächst die Menge an klimaschädlichen Emissionen, die 2018 ausgestoßen wurden, auf 55,3 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent.

Das ist ein Anstieg um 1,5 Prozent gegenüber 2017. Damals waren es 53,5 Milliarden Tonnen. Im Jahr davor, 2016, waren es 52,7 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent. Durch den ungebremsten Anstieg der Emissionen wird die Lücke – englisch gap – noch größer, die zu überbrücken wäre, wenn man die Erderwärmung, wie im Paris-Abkommen vereinbart, auf ein noch beherrschbares Ausmaß begrenzen will.

Im Jahr 2030 müssten die Emissionen um 15 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent geringer sein, als es die Staaten mit ihren Klimaplänen bislang versprochen haben, um das Zwei-Grad-Limit einzuhalten.

Soll das 1,5-Grad-Ziel eingehalten werden, müssten die Emissionen 2030 sogar 32 Milliarden Tonnen geringer sein, rechnet der Report vor.

Wie tief diese Einschnitte sein müssen, auch das rechnet der Report vor. Für das 1,5-Grad-Limit müssen die weltweiten Emissionen demnach von 2020 bis 2030 jährlich um stolze 7,6 Prozent sinken – während sie bislang doch nur steigen und steigen.

Dafür muss das Ambitionsniveau der nationalen Klimabeiträge, die die Länder für das Paris-Abkommen eingereicht haben, um mindestens das Fünffache steigen. Eine schier astronomische Zahl. Die bisher eingereichten Ziele laufen, wenn man sie zusammenrechnet, nur auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf bestenfalls drei Grad hinaus.

Wir müssen die Jahre aufholen, die wir vertrödeln haben. Sollte dies nicht geschehen, wäre das 1,5-Grad-Ziel noch vor 2030 außer Reichweite.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/erdsystem/die-luecke-wird-immer-groesser>
<https://www.klimareporter.de/erdsystem/treibhausgas-konzentration-erreicht-neuen-rekordwert>

25.11.19

Kohle-Boom in Subsahara-Afrika

Während in Deutschland und anderen Industrieländern über das Tempo der Reduktion von Treibhausgasen gestritten wird, geht es in den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern in die andere Richtung. In den knapp 50 afrikanischen Staaten südlich der Sahara (Subsahara-Afrika), das Schwellenland Südafrika nicht mitgerechnet, könnten bis zum Jahr 2025 neue Kohlekraftwerke mit einem jährlichen Ausstoß von 100 Millionen Tonnen CO₂ in Betrieb gehen. Es entspricht aktuell etwa 40 Prozent dessen, was deutsche Kohlekraftwerke emittieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Berliner Klimaforschungsinstituts MCC (Mercator Institute on Global Commons and Climate Change), die jetzt in der renommierten Fachzeitschrift Nature Climate Change veröffentlicht wurde.

„Bereits im Zeitraum 2005 bis 2015 stieg der durch Kraftwerke und Industrieanlagen bedingte CO₂-Ausstoß in dieser Region um jährlich 6 Prozent“, berichtet Jan Steckel, Leiter der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Entwicklung am MCC. „Angola, Kongo und Mosambik waren, wenn auch auf niedrigem Niveau, die drei Länder mit dem stärksten Anstieg weltweit. Dieser ist nicht zuletzt getrieben durch Kraftwerksbauer aus China und Indien, deren Heimatmärkte für Kohlemeiler zunehmend gesättigt sind.“ Insgesamt befinden sich Anlagen mit einer Leistung von etwa einem Gigawatt im Bau und weitere mit insgesamt 30 Gigawatt in Planung, von letzteren ist allerdings die Hälfte derzeit zurückgestellt.

Quelle Klimaforschungsinstituts Mercator Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) , https://www.sonnenseite.com/de/energie/kohle-boom-in-subsahara-afrika.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202014.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 11.12.19

Grönlands Eis taut immer schneller

Grönland verliert siebenmal schneller Eis als in den 1990er Jahren. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie, die soeben bei „Nature“ veröffentlicht wurde und das bisher umfassendste Bild des grönländischen Eisverlusts zeichnet.

Demnach hat Grönland seit 1992 3,8 Billionen Tonnen Eis verloren – genug, um den globalen Meeresspiegel um 10,6 Millimeter zu erhöhen. Die Eisverlustrate ist von 33 Milliarden Tonnen pro Jahr in den 1990er Jahren auf zuletzt 254 Milliarden Tonnen pro Jahr gestiegen.

Für die Vergleichsstudie „Ice Sheet Mass Balance Inter-Comparison Exercise (IMBIE)“ führten die Forscher insgesamt 26 verschiedene Erhebungen durch, um Änderungen des Grönländischen Eisschildes zu berechnen. Dabei wurden Daten von elf verschiedenen Satellitenmissionen verwendet.

Die unterschiedlichen Messverfahren, die in der Studie zusammengeführt werden, liefern übereinstimmende Ergebnisse. Eine Milliarde Tonnen entspricht der Masse von einem Kubikkilometer Wasser. Nimmt kontinentales Eis um 100 Milliarden Tonnen ab, steigt der Meeresspiegel im globalen Mittel um 0,28 Millimeter.

Quelle: TU Dresden, https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/grnlands-eispanzer-schrumpft-immer-schneller.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

11.12.2019

Klimaneutral und CO2-frei ist ein Unterschied

Bis zum Jahr 2050 werden wir klimaneutral werden, verkündete die Bundeskanzlerin und wollte damit ihre Klimapolitik auf einen Nenner bringen. Seither wird der Begriff klimaneutral in den Medien wie auch im privaten Sprachgebrauch häufig verwendet und suggeriert eine klimafreundliche Wirtschaftsweise, sowohl in der Wirtschaft selbst wie auch im privaten Leben. Tatsächlich handelt es sich dabei aber nur um ein Kompensieren, einen bilanziellen Ausgleich und um ein Verschieben auf der Zeitachse.

Da Bäume beispielsweise ein effizienter CO₂-Speicher sind, die für ihr Wachstum das Kohlendioxid aus der Atmosphäre ziehen, es in Form von Biomasse speichern und entsprechend Sauerstoff wieder abgeben, eignen sie sich wunderbar als eine Art Gegenpart zu Treibhausgasemissionen. Erfasst man nun die Menge der Emissionen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Verbrennungsprozessen und Mobilität kann man auf der anderen Seite die entsprechende Anzahl an Bäumen errechnen und pflanzen, die dieses CO₂ wieder aufnehmen.

Es geht z.B. mit Wasserkraftwerken wie auch mit Stilllegungen ehemaliger CO₂-Dreckschleudern. Daraus wurde in den vergangenen Jahren ein System von „ökologisch hochwertigen Emissionsreduktionsgutschriften“, sogenannte Emissionsreduktionszertifikaten aus „anerkannten und verifizierten Klimaschutzprojekten“, die es mittlerweile auf der ganzen Welt gibt. Der Emittent "erkauft" sich gewissermaßen das Recht, weiterhin Emissionen auszustoßen, indem er aktiv und direkt klimaschützende Maßnahmen bezahlt oder zumindest fördert. Das gab es bereits im ausgehenden Mittelalter und wurde Ablasshandel genannt.

Peinliches Beispiel sind heutzutage die Fluglinien, bei denen der Fluggast einen Geldbetrag zur Pflanzung eines oder mehrerer Bäume entrichten kann. Das Dumme daran ist nur, dass dieser Prozess erst in 60 bis 70 Jahren zum Tragen kommt. In der aktuellen Situation der Klimakrise hilft dies nicht wirklich. Auch die Deutsche Bahn fährt bereits auf diese Art klimaneutral, indem sie Zertifikate von norwegischen Wasserkraftwerken kauft.

Tatsächlich ist die Masse des Stroms, den die ICE, Regionalbahnen und Güterzüge verbrauchen, stinknormaler Kohlestrom, vielleicht auch Gasstrom. Aber als Propagandatricks macht sich das gut. Wirklich CO2-frei fährt kein einziger Zug. Das wird auch nach der CO2-Bepreisung so bleiben, egal wie hoch sie ausfallen wird. CO2-frei werden Prozesse und Verfahren nur durch ordnungsrechtliche Maßnahmen, also die stufenweise Einschränkung der Emissionen bis hin zum endgültigen Verbot. Der Begriff ist letztlich ein Fake und bildet die Grundlage für ein neues Narrativ, das seit der Adaption durch die Kanzlerin mit viel Propagandaaufwand verbreitet wird. So wird mit dem Narrativ der Klimaneutralität die eigentliche Zielrichtung einer CO2-Freiheit bis 2030 unterlaufen. Es wird eine Nebelwand hochgezogen, die den klaren Blick darauf verhindert, wer auf welcher Seite der Barriere steht.

Quelle: <https://www.dgs.de/news/en-detail/061219-klimaneutral-und-co2-frei-ist-ein-unterschied/>

11.12.19

Oberstes Gericht verpflichtet Regierung zum Klimaschutz

Erstmals hat ein oberstes Gericht in der EU abschließend festgestellt: die zu geringe CO2-Reduktion ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte und den Schutz des Lebens. Das oberste Gericht der Niederlande, der Hohe Rat, hat am Freitag entschieden, dass die Regierung des Landes zügig Maßnahmen gegen die sich verschärfende Erderhitzung ergreifen muss, um die Grundrechte der Bevölkerung zu wahren.

Ein halbherziges Ankämpfen gegen den Klimawandel bedroht das Wohl der Bürger und ist deshalb ein Bruch der Europäischen Menschenrechtskonvention, entschied das oberste Gericht der Niederlande. Das historische Urteil verpflichtet erstmals eine Regierung zum Klimaschutz. Die CO2-Emissionen müssen nun viel stärker gesenkt werden.

„Auf Grundlage der Menschenrechtskonvention konnte das Gericht entscheiden, dass der Staat verpflichtet ist, diese Reduzierung um 25 Prozent zu erreichen“, sagte der Vorsitzende Richter Kees Streefkerk. "Diese Pflicht besteht wegen des Risikos eines gefährlichen Klimawandels, der die Einwohner der Niederlande in ihrem Recht auf Leben und Wohlbefinden ernsthaft beeinträchtigen kann." Es ist der erste Richterspruch, der aufgrund von Menschenrechtsgesetzen eine Regierung dazu zwingt, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Geklagt hatte die niederländische Umwelt-Stiftung Urgenda, die sich den Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Schon vor vier Jahren hatte das Bezirksgericht Den Haag die niederländische Regierung dazu verurteilt, den Klimaschutz nicht weiter auf die lange Bank zu schieben. Der CO2-Ausstoß des Landes, so das Urteil, müsse schneller als geplant sinken. Die Regierung legte Berufung ein – und scheiterte 2018 erneut. Das Zivilgericht in Den Haag bestätigte das Urteil in zweiter Instanz und gab damit der Klage von Urgenda statt.

Die Umweltbehörde PBL schätzt, dass die CO2-Reduktion Ende 2020 zwischen 20 und 21 Prozent liegen könnte. Das wäre also immer noch viel zu wenig. Es ist möglich, dass nun auch die erst wenige Jahre alten Kohlekraftwerke der deutschen Konzerne RWE und Uniper in Eemshaven und Maasvlakte stillgelegt werden.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/europaische-union/oberstes-gericht-verpflichtet-regierung-zum-klimaschutz> 21.12.19

https://www.deutschlandfunk.de/klimaklage-in-den-niederlande-ein-historisches-urteil.1773.de.html?dram:article_id=462389

<https://blog.greenpeace.de/artikel/die-urgendaklage>

<https://germanwatch.org/de/10661>

<https://klima-der-gerechtigkeit.de/2018/10/09/urgenda-gewinnt-gericht-in-den-haag-bestaetigt-klimaurteil-gegen-die-niederlaendische-regierung/>
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gerichtsurteil-niederlande-werden-zu-klimaschutz-gezwungen-15829057.html> 9.10.18
<https://www.heise.de/tp/features/Niederlande-zu-umfangreicheren-Umweltschutzmassnahmen-verklagt-4188061.html?seite=all> 10.10.18
Urteil (en): <https://uitspraken.rechtspraak.nl/inziendocument?id=ECLI:NL:GHDHA:2018:2610>

Öffentliche Akzeptanz der Klimapolitik in der EU

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind höchst besorgt über den Klimawandel. Aus einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission geht hervor, dass sie unionsweite Klimaschutzmaßnahmen befürworten.

Für 93 % der EU-Bürgerinnen und -Bürger ist der Klimawandel ein „ernstes“ Problem, für 79 % ein „sehr ernstes“. 92 % der Befragten halten es für wichtig, dass ihre Regierung ehrgeizige Ziele für die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien festlegt und 89 % der Befragten sind der Auffassung, dass ihre Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 unterstützen sollte.

84 % sprechen sich für eine Aufstockung der öffentlichen Finanzmittel für den Übergang zu sauberer Energie aus, selbst wenn dies mit einer Kürzung der Zuschüsse für fossile Brennstoffe verbunden wäre.

92 % der Befragten – und mehr als acht von zehn Befragten in jedem EU-Land – sind sich einig, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum gesenkt und die verbleibenden Emissionen kompensiert werden sollten, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

Mehr als acht von zehn Befragten sind der Auffassung, dass die Weitergabe der in der EU vorhandenen Fachkenntnisse auf dem Gebiet sauberer Technologien an Nicht-EU-Länder der EU wirtschaftliche Vorteile bringen kann (81 %), während 79 % der Ansicht sind, dass die europäischen Unternehmen durch Maßnahmen zum Klimawandel innovativer und wettbewerbsfähiger werden.

Eine große Mehrheit stimmt darin überein, dass eine Verringerung der Einfuhr fossiler Brennstoffe von außerhalb der EU die Energieversorgungssicherheit der EU verbessern und ihr wirtschaftliche Vorteile bringen kann (72 %).

93 % der Befragten haben mindestens einen persönlichen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet, etwa Abfallvermeidung und -verwertung (75 %) sowie Verzicht auf Wegwerfartikel, wann immer dies möglich ist (62 %).

Sieben von zehn Befragten (70 %) sind sich einig, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels positive Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger in der EU mit sich bringen kann.

Quelle: https://ec.europa.eu/clima/citizens/support_de
https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/support/docs/report_2019_en.pdf

European Green Deal reicht nicht

Man muss die 10 Punkte des Green Deals an den Notwendigkeiten der Ziele messen, die wirklich erforderlich sind und ob alle wichtigen zentralen Maßnahmen ergriffen werden, diese Ziele auch zu erreichen. Der vorgelegte Plan wird beidem nicht gerecht. Die Ziele reichen nicht aus, und die Subventionen für die fossil-atomare Wirtschaftsweise bleiben bestehen.

Die EU soll nach dem Green Deal bis 2050 klimaneutral werden. Das bedeutet, dass die EU bis 2050 sogar bilanziell noch immense neue Treibhausgasmengen emittieren wird, in

eine Atmosphäre, die heute schon mit einem CO₂-Anteil von 408 ppm um 147% und bei einem Methan-Anteil mit über 1.869 ppm sogar 259 % über dem vorindustriellen Niveau liegt. Jede neue Emission in die Atmosphäre ist unverantwortlich, weil damit die Treibhausgaskonzentration weiter steigen und damit die jährliche Antriebskraft der Erderwärmung erhöht wird.

Aber selbst klimaneutral heißt immer noch nicht Nullemissionen. Erdöl, Erdgas und Kohle, und vor allem Nuklearenergie werden demnach voraussichtlich auch noch nach 2050 Teil des Energiesystems sein. Besonders deutlich wird dies auch dadurch, dass eine Anhebung der unzulänglichen EU-Ziele für Erneuerbare Energien im Green Deal nicht explizit vorgesehen ist und von 100% Erneuerbaren Energien ist ebenfalls keine Rede. Noch deutlicher wird dies dadurch, dass im Green Deal keinerlei Vorgaben zur Reduktion fossiler und atomarer Subventionen gemacht sind. Zwar soll ab 2020 zusätzlich 100 Milliarden Euro aus Steuergeldern und Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank in eine gerechte und nachhaltige und grüne Entwicklung der Mitgliedsstaaten fließen. Deutschland alleine gibt heute jährlich 48 Milliarden für fossile Subventionen aus. Damit ist die finanzielle Unterstützung für die fossile Wirtschaft aus Steuergeldern alleine in Deutschland um ein Vielfaches höher als die gesamten bisher fest eingeplanten EU-weiten öffentlichen Umbaumittel für den Green Deal.

Anfang des kommenden Jahres soll es einen Nachhaltigen Investitionsplan geben, der bis 2030 mindestens 1 Billionen Euro an privaten und öffentlichen Geldern freisetzen soll. Diese Pläne sind aber weder genauer spezifiziert noch ist die Höhe der öffentlichen Investitionssumme festgelegt. Die angeführte Summe von 1 Billionen Euro bleibt somit vorerst nicht mehr als ein Luftschloss, dessen Realisierung mit Recht bezweifelt werden darf.

Das Nichtantasten der hohen schädlichen fossilen und atomaren Subventionen, das fehlende Ziel zu 100% Erneuerbare Energien und das Fortführen der Gifte in der Landwirtschaft auf einem nur etwas verringerten Niveau statt einer flächendeckenden Biolandwirtschaft sind entscheidend. Quelle: Hans-Josef Fell,

https://www.sonnenseite.com/de/politik/european-green-deal-reicht-nicht-zur-klimarettung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 13.12.19

Für eine neue nachhaltige Landwirtschaft

Die derzeitige industrielle Landwirtschaft trägt zu einem erheblichen Teil zum Klimawandel bei.

Notwendig ist ein Gesamtkonzept für eine neue Landwirtschaft, die gleichzeitig die Biodiversität fördert, Treibhausgasemission sogar zu Negativemission umkehrt, Grundwasserkontamination vermeidet, ohne Gifte auskommt, nur regenerative Energien anwendet und den Landwirten ein gutes Einkommen sichert. Die deutsche Politik, allen voran das Landwirtschaftsministerium, ist hier bislang weitgehend untätig geblieben. Das Projekt Landwirtschaft 5.0 , eine Denkfabrik aus Universitäten, Forschungsinstituten, Firmen und Landwirten hat sich nun zum Ziel gesetzt ein Gesamtkonzept für eine neue Landwirtschaft zu erstellen und umzusetzen. Diese soll die Biodiversität fördern, eine Nullemissionen-Landwirtschaft entwickeln und Anbaumethoden entwickeln, die im großen Stil Kohlenstoffsenken ermöglichen. Sie fordern:

- Spezielle Biodiversitätsstreifen (5-10% der Flächen eines landwirtschaftlichen Betriebes)

- Spezielle Biomassestreifen zum dauerhaften Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre (5-10% der Ackerfläche)
- Herstellung von Pflanzenkohle aus dieser Biomasse und Anwendung zur Bodenverbesserung
- Landwirtschaftliche Elektromobilität
- Solarstromproduktion über oder neben landwirtschaftlichen Flächen (5% der Ackerfläche mit Agro-Photovoltaik).

In Deutschland und weltweit brauchen wir eine umgehende Agrarwende hin zu 100% Biolandwirtschaft, um den immensen Umweltschäden und vor allem der Emission weiterer Treibhausgasemissionen vorzubeugen.

Quelle: Hans-Josef Fell, Energy Watch Group (EWG)

https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/fuer-eine-neue-nachhaltige-landwirtschaft.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20September%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 19.09.2019

Mikroplastik im Boden

Mikroplastik schwimmt nicht nur in Flüssen, Seen und Ozeanen – längst sind auch die Böden mit Resten von Plastikabfällen kontaminiert.

Wenn es um die Auswirkungen von Plastik und Mikroplastik auf die Umwelt geht, geht der Blick meist hinaus aufs Meer. Wale, Delphine und Riesenschildkröten mit einer Plastiktüte im Magen, die daran verenden erzeugen große mediale Aufmerksamkeit.

Jetzt wurde eine Zusammenfassung über Studien der vergangenen Jahrzehnte erstellt, wie Mikroplastik im Boden lebenden Organismen beeinträchtigt. Die Auswertung der Studien zeigte, dass sich die Aufnahme von Mikroplastik auf den Stoffwechsel, die Fortpflanzung und das Wachstum diverser Bodenorganismen negativ auswirkt. Studien, die die Folgen von Mikroplastik auf die Reproduktion untersuchten, kommen zu dem Schluss, dass sich die Fruchtbarkeit verringert. Regenwürmer, Fadenwürmer, Rädertierchen und Springschwänze haben weniger und kleinere Nachkommen. Ebenso sind Störungen im Stoffwechsel, festzustellen, die einhergehen mit entzündlichen Veränderungen und oxidativem Stress.

Bei Regenwürmern zum Beispiel bleiben Partikel, die größer sind als 50 Mikrometer, das sind 0,05 Millimeter, im Magen und Darm. Kleinere Partikel werden ausgeschieden. Der Wattwurm dagegen reichert vor allem eher Teilchen, die kleiner sind als 30 Mikrometer, im Körper an. 0,5 Millimeter große und größere nimmt er gar nicht erst auf.

Aber gerade die kleineren Partikel im Bereich bis 100 Mikrometer scheinen mit Störungen von Stoffwechsel, Wachstum oder Fortpflanzung bei verschiedenen Organismen in Verbindung zu stehen. Was wir aber zweifelsfrei sagen können, ist, dass die Konzentrationen an Mikroplastik, mit denen die Laborversuche durchgeführt wurden, Wachstum, Fortpflanzung und den Stoffwechsel einiger im Boden sehr wichtigen Organismengruppen wie Regen- und Fadenwürmer schädigen.

Quelle TU Berlin, https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/wirkt-mikroplastik-auf-bodenorganismen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2007.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 3.12.19

Gene Drives

Zu den neuen Methoden der Gentechnik gehören auch sogenannte Gene Drives, über die wir schon mehrfach berichtet haben. Kurz zusammengefasst: Gene Drives sind ein Mittel

zur gentechnischen Veränderung natürlicher Populationen. Mit ihnen sollen bestimmte Insekten (wie Mücken), Pflanzen (wie Unkräuter) oder auch Säugetiere (wie Mäuse) dezimiert, ausgerottet oder auch durch gentechnisch veränderte Organismen ersetzt werden.

Die Ziele sind unterschiedlich: Es geht um den Schutz vor Übertragung von Krankheiten, um höhere Erträge in der Landwirtschaft oder um die Bekämpfung von unerwünschten Nagetieren.

Dabei sind die Methoden äußerst zweifelhaft: Um das gewünschte Ziel zu erreichen, muss sich der Vorgang der gentechnischen Veränderung in Dutzenden von Generationen wiederholen. Das Erbgut wird deswegen so manipuliert, dass die Veranlagung zur gentechnischen Veränderung vererbt wird und sich die künstlichen Gene wesentlich rascher in der Umwelt verbreiten, als das sonst der Fall wäre (siehe unser Gene Drive-Video). Bei den bisherigen Versuchen wird dafür meist die Gen-Schere CRISPR/Cas verwendet.

Sind die gentechnisch veränderten Gene-Drive-Organismen einmal freigesetzt, können die möglichen Folgen kaum kontrolliert oder wieder rückgängig gemacht werden. Die biologische Vielfalt und auch die Menschheit werden hohen Risiken ausgesetzt, ohne dass wirksame Kontrollmechanismen verfügbar wären.

Über Gene Drives wird derzeit unter anderem im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt diskutiert, auch Testbiotech ist hier involviert. Das EU-Parlament hat sich ebenfalls mit dem Thema befasst und jüngst ein Verbot der Freisetzungen gefordert. Vor diesem Hintergrund hat die Organisation „Save our Seeds!“ eine Onlinepetition gestartet, um die Bundesregierung zu einer klaren Haltung zu bewegen. Angesichts der Risiken für Mensch und Umwelt empfiehlt Testbiotech, diese Petition zu unterstützen.

Quelle: Testbiotech, <http://mailings.testbiotech.org/m/7457133/504386-03fbe4d0ae19b0106447423d7b35c0aa>

Naturnahe Waldbewirtschaftung

Die Bäume, die sich durch Windflug und durch den Transport von Samen durch Vögel und andere Tiere auf "unaufgeräumten" Flächen ansiedeln, sind ungleich stabiler, risikoärmer und resilienter, als die von Menschen gepflanzten Setzlinge. Da sie vor Ort gekeimt sind, wachsen sie ohne die Störung des Um- und Einpflanzens heran und haben ein unbeschädigtes, gesünderes Wurzelwerk.

"Schadholz" bietet den Jungbäume aus natürlichen Verjüngung weitaus bessere Bedingungen. Sie finden Schatten, einen besseren Feuchtigkeitshaushalt des Bodens und niedrigere Temperaturen. Außerdem sind sie nicht nur geschützt vor starker Sonneneinstrahlung sondern auch vor anderen Extremwetterlagen wie Hagel, Starkregen, Stürmen und Frostperioden. Alle Funktionen des "Schadholzes" für die Naturverjüngung sind insbesondere in den Zeiten des Klimawandels von außerordentlichem Wert. Das "Schadholz" dient gleichzeitig als Nährstoffspeicher, auf den die Pflanzen im fortschreitenden Zersetzungsprozess zugreifen können. Bei den derzeitigen Populationen von Wild ist das "Schadholz" eine der besten Schutzmaßnahmen vor Wildverbiss. Das "Schadholz" bedeutet einen Erosionsschutz für die Böden. Bis zur vollständigen Zersetzung dient das Holz als zusätzlicher Wasserspeicher. Das Holz dient bis zu seiner vollständigen Zersetzung als Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Die Artenvielfalt wird damit erhalten und gefördert. Dies ist insbesondere in Zeiten eines rasanten Artensterbens von enormer Wichtigkeit für stabile Ökosysteme. Bei langanhaltenden Hitzeperioden wachsen auch die diskutierten "Gastbaumarten" nicht schneller als unsere heimischen Arten.

Der Druck vom Wald muss weg. Plastiktüten durch Papiertüten zu ersetzen, ist schlimmer als die Pest gegen die Cholera einzutauschen. Den lokalen Pelletofen als klimaneutralen Ersatz für das nationale Kohlekraftwerk zu verhandeln, kommt einem Todesurteil für die Wälder weit über Deutschlands Grenzen hinaus gleich. Der Einschlag in unseren Wäldern muss reduziert werden; vor allem muss er unabhängig von ökonomischen Gesichtspunkten verhandelt werden.

Quelle: <https://www.robinwood.de/blog/positionen-und-empfehlungen-zum-thema-wald-im-klimawandel>

BUND-Forderungen: Waldwende statt Waldsterben!

- Wälder sollen besser zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung beitragen können und ihre Funktion als Klimaschützer weiterhin wahrnehmen können.
- Waldbesitzer sollen bei der ökologischen Waldwende finanziell unterstützt werden, da dies auch der Gesellschaft zugute kommt. Eine Weiterverfolgung oder gar Subventionierung eines „Weiter so!“ in der Forstwirtschaft, bei der allein der Holzertrag im Fokus steht, darf auf keinen Fall erfolgen.
- Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, müssen sie dringend schonender bewirtschaftet werden. Dazu gehört eine Waldwirtschaft, die ökologisch verträglich ist und die für die Holzherzeugung und Holzerte so schonend wie möglich in das Waldökosystem eingreift. Dies gilt sowohl in Hinblick auf die Art der forstlichen Eingriffe wie auch auf die Menge der Eingriffe und des geernteten Holzes.
- Für ökologische Mindeststandards der Waldbewirtschaftung muss die Bundesregierung endlich eine Gute forstliche Praxis definieren und im Bundeswaldgesetz verbindlich verankern.
- Privatwaldbesitzer sollen für Gemeinwohlleistungen, die über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Gute forstliche Praxis hinausgehen, die Möglichkeit eines unbürokratischen finanziellen Ausgleiches erhalten. Hierfür soll auf Bundesebene ein Waldnaturschutzfonds dauerhaft eingerichtet werden.
- Ziel muss in Anbetracht von durch die Klimakrise bedingtem Trockenstress, Hitze und Stürmen sein, dass mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt, der Wald seine Wasserspeicherkapazität erhöhen und sich selbst stabilisieren kann: Konkret bedeutet dies weniger drastische Eingriffe bei Durchforstung und Holzerte, ein Stopp der Entwässerung von Wäldern und die Vermeidung der Verdichtung von Waldböden durch zu intensive Befahrung. So ist ausreichend starkes Totholz im Wald zu belassen, da dieses die Feuchtigkeit im Wald hält, um Wälder besser gegen Trockenstress und Brände zu wappnen.
- So gilt für die Holzerte und die Walderschließung: Dabei darf der Wald nicht so weit aufgelichtet werden, dass er durch Sonneneinstrahlung und Verdunstung austrocknet und die Bäume durch fehlende Nachbarn instabil werden.
- Der Landschaftswasserhaushalt darf nicht gestört werden beziehungsweise muss naturraumtypisch wiederhergestellt werden, beispielsweise durch Sicherung bzw. Anhebung des Grundwasserspiegels, Erhöhung des Wasserrückhaltepotenzials der Waldböden und der Verminderung oder Verzögerung des Oberflächenabflusses. Entwässerungsgräben sind soweit wie möglich zurückzubauen, Waldmoore und Waldgewässer zu renaturieren. Die Walderschließung darf den Wasserabfluss nicht beschleunigen. Der Waldboden als wichtiger Wasserspeicher muss bei der Holzerte schonend behandelt werden,

- Rückegassen müssen einen Mindestabstand von 40 Metern aufweisen. Das Ausbringen von Pestiziden auf Nadelholz-Plantagen per Hubschrauber gegen Massenvermehrungen von Nonnen-Schmetterlingen und anderen Insekten sind ausnahmslos zu unterlassen - nicht nur zum direkten Schutz der Menschen. Durch solche Einsätze werden gleichzeitig großflächig andere Insektenarten vergiftet, die essentielle Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sind. Im Zeitalter des massenhaften Artensterbens, insbesondere der Insekten, ist eine solche Vorgehensweise nicht mehr zeitgemäß.
- Naturwälder auf min. zehn Prozent der Waldfläche zulassen Für den Erhalt des Potentials der biologischen Vielfalt unserer Wälder ist es unabdingbar, dass sich langfristig mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder, frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. In Naturwäldern werden nicht nur seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt, sondern auch der Ablauf natürlicher Prozesse. Gelder für die dauerhafte Ausweisung von Naturwäldern sollen ausschließlich als Einmalzahlung fließen.
- Waldumbau verstärkt vorantreiben: weg von naturfernen Fichten- und Kiefernforsten, hin zu naturnahen Laubmischwäldern dringender denn je geboten und soll mit mit einem Bund-Länder-Programm vorangetrieben werden. Bei diesem Umbau müssen einheimische Laubbäume und Naturverjüngung die zentrale Rolle spielen. Sie bieten ein breites Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt, die besonders in Mischung mit den unterschiedlichsten Bedingungen zurechtkommen. Laubwälder bilden zudem mehr Grundwasser – und damit Trinkwasser – als Nadelforsten. In Wäldern mit hohem Nadelbaumanteil verdunstet unter anderem wegen ihren ganzjährig vorhandenen Nadeln mehr Wasser als in Laubwäldern. Das verstärkt den Stress durch Hitze und Trockenheit. Nadelhölzer wie Kiefer oder Fichte dürfen nicht mehr in Monokultur, sondern nur noch gruppenweise oder in geringer Beimischung angebaut werden.
- Insbesondere im Bergwald ist die Weißtanne als heimische Art zu fördern. Mit ihren tiefen Wurzeln kann sie zudem Stürmen und Trockenperioden besser standhalten als die Fichte. Auf das künstliche Einbringen nicht- standortheimischer Baumarten ist aus Naturschutzgründen zu verzichten. Baumarten aus anderen Kontinenten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche bieten vielen heimischen Arten keinen Lebensraum. Für den Anbau dieser Baumarten besteht ein erhebliches ökologisches Risiko. Waldbesitzer*innen und Kommunen, die ihre Nadelforsten nach den oben beschriebenen Leitlinien zu naturnahen Laubmischwäldern umbauen wollen, sollen hierfür unbürokratisch finanzielle Unterstützung und Beratung erhalten.
- Konzepte zum Wildtiermanagement sind so zu entwickeln und umzusetzen, dass sie den Waldumbau und die natürliche Sukzession unterstützen. Die Jagd ist so zu gestalten, dass der Wildbestand natürliche Verjüngung und Wiederbewaldung von Laubbäumen und Tanne ohne Zaun oder Einzelschutz zulässt. Es kann nicht sein, dass jahrelange Bemühungen von engagierten Förster junge Laubbäume in Nadelholz-Monokulturen hochzubringen, immer wieder von Rehen und anderem Schalenwild vernichtet werden – aufgrund von Versäumnissen bei der Jagd. Ebenso wenig dürfen Steuergelder für teure Zäune und Einzelschutz verschwendet werden, weil die Jagdlobby eine waldfreundliche Gestaltung des Wildtiermanagements blockiert. Eine entsprechende Novelle des Bundesjagdgesetzes ist überfällig, ebenso wie eine Umsetzung bereits bestehender Vorschriften eines waldfreundlichen Wildtiermanagements.

- Flächen, auf denen Waldbrände, Stürme oder Massenvermehrungen stattgefunden haben, sind nach dem modernsten Stand der Wissenschaft so zu behandeln, dass die Bodenfruchtbarkeit und die Feuchtigkeit erhalten bleiben. Sie sind daher nicht oder nur eingeschränkt zu beräumen und mit der Zielstellung eines naturnahen Laubmischwaldes wieder zu begründen, unter dem Vorrang der natürlichen Sukzession. Abgestorbene, stehende und liegende Bäume sollten soweit als möglich dafür genutzt werden, die Naturverjüngung zu fördern. Diese dienen als Bodenschutz, Feuchtigkeitsspeicher, Nährstoffspender, Schatten, Windschutz und Hemmnis gegen Wildverbiss. Die Befahrung der Waldböden mit Maschinen muss weitgehend vermieden werden, auch um die natürliche Sukzession, das Wachstum vorhandener und künftiger Jungpflanzen nicht zu behindern.
- Kein Steuergeld darf fließen für eine Wiederbewaldung mit Fichten, Kiefern oder exotischen Baumarten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche. Die großmaschinelle Räumung und Bodenbearbeitung von Verjüngungs- und Kalamitätsflächen darf nicht gefördert werden. Eine finanzielle Förderung darf nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen, wie beispielsweise für die Entnahme von noch bruttauglichem Borkenkäferholz. Die Förderung ist hier auf Bestände zu beschränken, in denen mit dem Waldumbau nachweisbar begonnen wurde. Abgestorbene Laubbäume sind als Biotopholz, Feuchtigkeitsspeicher und für die Nährstoffnachhaltigkeit auf der Fläche zu belassen. Fragen der Verkehrssicherungspflicht sind einzelfallweise zu lösen, immer unter der Prämisse, soviel Biotopholz wie möglich im Wald zu belassen.
- Ausreichend Forstpersonal in der Fläche bereitstellen: Um die Wälder ökologisch verträglich zu bewirtschaften, ist mehr qualifiziertes Personal mit forstwirtschaftlichem und ökologischen Hintergrund im Wald erforderlich. Es ist daher notwendig, entsprechende Finanzmittel für mehr Forstpersonal in den staatlichen Wäldern bereitzustellen, insbesondere Waldfacharbeitern, die die Situation vor Ort kennen. Auch für die große Aufgabe Waldumbau sind zusätzliche, qualifizierte und ordentlich bezahlte Fachkräfte im Wald unabdingbar.
- Die für Deutschland typische biologische Vielfalt der Laubmischwälder, insbesondere die der Rotbuchenwälder, kann nur hier erhalten werden. Danach müssen sich die deutsche Forst- wie Holzwirtschaft richten und einstellen: Sie sollten ihre Kernkompetenz im Laubholz ausbauen und nutzen. Die Forschung für die langlebige stoffliche Verwendung von Laubholz ist zu fördern.
- Stickstoffemissionen reduzieren: Durch die hohen Stickstoffeinträge aus der intensiven Landwirtschaft und dem Verkehr versauern die Waldböden und verlieren ihre Fähigkeit, andere Nährstoffe bereitzustellen. Dies schwächt die Wälder zusätzlich zu den Folgen der Klimakrise. Spezifische Artengemeinschaften der Waldgesellschaften gehen durch die Überdüngung verloren. Die übermäßigen Stickstoffemissionen sind daher auch zum Schutz der Wälder dringend zu reduzieren - beispielsweise durch eine deutliche Verschärfung der Düngeverordnung.

Quelle: BUND: Waldwende statt Waldsterben!

Polizei darf mit Staatstrojaner Einbrecher jagen

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf für ein "modernisiertes" Strafverfahren beschlossen. Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag am Freitag eine Initiative zur "Modernisierung des Strafverfahrens" verabschiedet. Im Kampf gegen Wohnungseinbruchdiebstahl erhält die Polizei damit insbesondere bei einem

"serienmäßigen" Vorgehen erweiterte Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung. Sie darf damit künftig auch per Staatstrojaner verschlüsselte Nachrichten mitlesen, die etwa über WhatsApp, Signal oder Threema ausgetauscht werden. Die Abgeordneten erhoffen sich davon weitere Ansatzpunkte "für die Aufklärung der Einbruchstaten und die Überführung des Täters", wenn dieser mittels Telekommunikation etwa Kontakte mit potenziellen Käufern von Diebesgut anbahne.

Mit dem Gesetz reichert das Parlament den bereits breiten Straftatenkatalog aus Paragraph 100a Strafprozessordnung (StPO) um den Einbruchdiebstahl in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung an. Auf Basis dieser Liste kann die Polizei seit zwei Jahren bereits auch eine Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) durchführen. Dabei geht es darum, die laufende Kommunikation per Staatstrojaner direkt auf dem Gerät eines Verdächtigen abzugreifen, bevor sie ver- oder nachdem sie entschlüsselt wurde.

Daneben erweitern die Volksvertreter auch die DNA-Analyse im Strafverfahren auf äußerlich erkennbare Merkmale wie die Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie das Alter. Experten warnen hier vor der Gefahr falscher Prognosen oder Interpretationen sowie rassistischen Diskriminierungen. Bei erwachsenen Opfern von Sexualdelikten wird es ferner zulässig, eine Videoaufzeichnung der richterlichen Vernehmung in der Hauptverhandlung zu verwenden und damit überflüssige Mehrfachverhöre zu vermeiden.

Den ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung hat das Parlament nur noch geringfügig überarbeitet. Die Initiative muss noch den Bundesrat passieren, bevor sie in weiten Teilen mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten kann. FDP, Linke und Grüne stimmten dagegen, da etwa die Rechte von Verfahrensbeteiligten vor Gericht beschnitten würden. Die AfD enthielt sich. Die auch von der SPD gewünschte Aufnahme einer Klausel, wonach bei Bundesgerichten eine Ton- und Videoaufzeichnung von Strafprozessen durchgeführt werden könnte, lehnte die CDU/CSU-Fraktion im Vorfeld ab.

Quelle: heise online News 11/2019 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-Polizei-darf-mit-Staatstrojaner-Einbrecher-jagen-4587181.html> , 15.11.19

Elektroantriebe

Der Boom der Elektroantriebe wurde vor allem von VW vorangetrieben, das darin ein geringes strategisches Risiko bei den Emissionen und große Chancen in seinem Hauptwachstumsmarkt China mit deren Elektro-Auto-Quote (seit 2019) sah. Inzwischen rückt aber auch China von seiner E-Auto-Vision ab, weil es merkt, daß es zu ehrgeizig war mit dem Ziel, eine landesweite Ladeinfrastruktur aufzubauen. Das ist zu teuer und technisch auch gar nicht umsetzbar. China will jetzt mehr Antriebsvielfalt und mehr Autarkie erreichen. Hierbei spielen sicherlich auch die begrenzten Importmöglichkeiten von Lithium und vor allem von Kobalt eine Rolle.

(SDZ, 16.12.19)

Das Batterie-Auto ist klimaverträglicher als bislang angenommen

Eine Studie von Agora Verkehrswende zeigt, batterieelektrische Pkw sind klimaverträglicher als alle anderen Antriebsalternativen zu herkömmlichen Diesel- und Benzin-Fahrzeuge. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung hervor, die Agora Verkehrswende vorgelegt hat. Danach verursacht ein Fahrzeug der Kompaktklasse mit Brennstoffzelle und elektrolytisch hergestelltem Wasserstoff über seinen gesamten Lebenszyklus nach einer Fahrleistung von 150.000 Kilometern 75 Prozent mehr Treibhausgase als ein batterieelektrischer Pkw (BEV). Der Betrieb eines herkömmlichen Diesel-Pkw mit synthetischem Kraftstoff verursacht Treibhausgasemissionen, die sogar rund drei Mal so hoch sind wie die eines Batterie-Autos. Dagegen hat das

Batteriefahrzeug verglichen mit einem Diesel, der mit herkömmlichem Kraftstoff gefahren wird, nach 150.000 Kilometern einen Klimavorteil von 16 Prozent.

In der Studie, die das ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg im Auftrag von Agora Verkehrswende angefertigt hat, werden sowohl die bei der Fahrzeugherstellung und -entsorgung verursachten Emissionen berücksichtigt als auch die nutzungsbedingten Emissionen, die im Wesentlichen von der Fahrleistung abhängig sind. Um eine größtmögliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten, ist für alle strombasierten Antriebsalternativen gleichermaßen der deutsche Strommix zugrunde gelegt worden; angenommen wurde darüber hinaus, dass sich wegen der geplanten Ausbauziele für Erneuerbare Energien die Klimabilanz der Strombereitstellung für alle Nutzer in Deutschland bis 2030 kontinuierlich verbessern wird.

Das Erdgasfahrzeug hat laut der Untersuchung nach 150.000 Kilometern einen Klimavorteil von 4 Prozent gegenüber dem Diesel, schneidet aber im Vergleich zum Batteriefahrzeug rund 14 Prozent schlechter ab.

Quelle Agora Verkehrswende, https://www.agora-verkehrswende.de/https://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/das-batterie-auto-ist-klimavertrglicher-als-bislang-angenommen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20Dezember%202019%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 19.12.19

Brennstoffzelle besser als Lithiumakkus

Das Rennen zwischen Brennstoffzelle und Lithiumionenakku scheint gelaufen: die Akkufahrzeuge dominieren die Neuzulassungen, und Ladesäulen findet man überall, Wasserstofftankstellen nur mit der Lupe. Die Wasserstoffautos sind teurer, und Tanken mit Wasserstoff kostet fast doppelt so viel wie das Aufladen an der Steckdose für die gleiche Reichweite.

Harald Lesch zeigt, daß die Idee der Autoindustrie mit den Elektroakkus in die Sackgasse führt. Nur mit Wasserstoffantrieben werden wir mit Autos lange Strecken zurücklegen können.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=TswNLBnAPjU> , 5.6.19

Cum-Ex-Strafprozess

Nach Auskunft eines Zeugen nahm die Banken- und Beraterlobby inklusive seiner Kanzlei erheblich Einfluss auf das Steuergesetz von 2007. Es sei ihnen gelungen, den Gesetzestext so verfassen zu lassen, dass er die Teilverlagerung der Deals ins Ausland ermöglicht habe - und dass danach der Fiskus trotz Gesetzesänderung weiterhin mehrfach Steuern erstattete. Nach intensiver Lobbyarbeit sei das Gesetz genau so übernommen worden wie von den «Cum-Ex»-Akteuren gewünscht - «eins zu eins, ohne dass ein Komma geändert wurde», sagte der Zeuge.

Der 48-Jährige war lange Berater von Investoren, die mit dem Hin- und Herschieben von Aktien mit («cum») und ohne («ex») Dividendenanspruch viel Geld machten: Anleger ließen sich eine einmal gezahlte Kapitalertragsteuer auf Aktiendividenden mit Hilfe von Banken mehrfach erstatten und strichen so über Jahre Milliarden zu Lasten der Staatskasse ein.

Als «Einziehungsbeteiligte» sind bei dem Strafverfahren fünf Banken und andere Finanzinstitute in das Verfahren involviert - sie hatten bei den «Cum-Ex»-Deals mitgemacht, nun könnten sie kräftig zur Kasse gebeten werden.

Quelle: <https://www.zeit.de/news/2019-10/29/zeuge-im-cum-ex-prozess-staat-selbst-foerderte-steuerdeals> , 29.10.19

Innovation

Angesichts immer kürzerer Innovationszyklen und der Tatsache, dass bahnbrechende Erfindungen inzwischen meist aus dem Ausland kommen, muss Deutschlands erfolgsverwöhnte Industrie aufpassen, im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Demnach verfügt nur ein Viertel der Unternehmen über die nötige Innovationskompetenz und -kultur, um ihre Wettbewerbsposition langfristig zu sichern. Fast die Hälfte der Firmen hat es dagegen in den zurückliegenden Jahren verpasst, ihr Innovationsprofil an neue Bedingungen anzupassen. Das trifft vor allem auf kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) zu.

Schon die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hatte 2018 festgestellt, dass der Anteil von Unternehmen, die sich mit Produkt- oder Prozessinnovationen hervortun, seit 1999 von 56 auf 35 Prozent zurückgegangen ist.

Nur sechs Prozent der Unternehmen können sich demnach Technologieführer nennen. Sie verschieben die technologische Grenze stetig weiter nach außen, was sich unter anderem in einer großen Zahl von Patentanmeldungen und einer starken Vernetzung mit der Wissenschaft widerspiegelt. Die Technologieführer kommen vorrangig aus den Branchen Chemie und Pharma, Kunststoff sowie Metall und Elektro.

Der Spitzengruppe stehen am anderen Ende der Skala 46 Prozent der Unternehmen gegenüber, die wenig bis gar nicht innovativ sind. Das Gros verschließt sich neuen Technologien nicht, doch fehlt eine klare Strategie. Im besten Fall gelingen Innovationen im Zufallsprinzip. Oder die Firmen sind gut vernetzt mit ihren Kunden und profitieren von deren Vorschlägen zur Verbesserung ihrer Produkte und Dienstleistungen.

Dass vor allem kleine und mittlere Betriebe bei der Entwicklung neuer Technologien ins Hintertreffen geraten, führen die Studienautoren mit darauf zurück, dass der digitale Reifegrad bei ihnen noch sehr gering ausgeprägt ist – auch weil sie oft ihren Sitz nicht in mit Breitband versorgten Metropolen haben oder zu wenig Geld in digitale Technologien stecken. Investieren die „Disruptiven Innovatoren“ im Schnitt 5,8 Prozent ihres Umsatzes in die Digitalisierung von Prozessen und Geschäftsmodellen, sind es über alle Milieus nur 3,4 Prozent.

Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bertelsmann-studie-innovationskraft-sinkt-der-deutsche-mittelstand-verschlaeft-die-zukunft/25145334.html?ticket=ST-36492584-0K9DULvceClfQbCbEcoe-ap2> , 24.10.19

Immer mehr Tierversuche

Im Jahr 2018 mussten in deutschen Laboren 2.825.066 Tiere leiden und allergrößtenteils sterben. Das sind 17.768 Tiere mehr als im Vorjahr.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium gibt in seiner aktuellen Veröffentlichung jedoch „nur“ 2,09 Millionen Tiere an und rechnet 686.352 (24%) der zu wissenschaftlichen Zwecken getöteten Tiere sowie rund 40.480 wiederverwendete Tiere raus. So wird die Zahl künstlich niedrig gehalten und der tatsächliche Anstieg verschleiert, kritisiert der bundesweite Verein Ärzte gegen Tierversuche (ÄgT).

Die gestern veröffentlichte Statistik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bezieht sich wie im Vorjahr auf die in Tierversuchen verwendeten Tiere. Bis 2016 wurden jedoch auch Tiere mitgezählt, die etwa zur Organentnahme getötet wurden (Kategorie „zu wissenschaftlichen Zwecken getötet“). „Die tatsächliche Gesamtzahl 2018 wird so verschleiert“, kritisiert Dr. med. vet. Corina Gericke, stellvertretende Vorsitzende von Ärzte gegen Tierversuche.

Und weiter: „Die Unterscheidung zwischen ‚in Tierversuchen verwendeten‘ und ‚zu wissenschaftlichen Zwecken getöteten‘ Tieren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ‚verwendeten‘ Tiere im Verlauf des Versuchs sterben oder ebenfalls getötet werden.“ 40.480 Tiere wurden aus den Vorjahren erneut verwendet. Aber auch für sie steht am Ende der Tod. Dieses trifft vor allem auf größere Tiere wie Hunde, Katzen, Affen und Pferde zu, während Nagetiere und Fische fast alle gleich während des ersten Versuchs sterben oder getötet werden. Den größten Teil machen nach wie vor Mäuse aus, nämlich über 2,1 Millionen (74%), gefolgt von Ratten (298.615 = 10%) und Fischen (227.434 = 8%). Bei Hunden ist ein erschreckender Anstieg von 3.334 auf 3.993 Tiere gegenüber 2017 zu verzeichnen. 2018 wurden insgesamt 3.324 Affen (hauptsächlich Langschwanzmakaken) verwendet, etwas weniger als im Vorjahr (3.525 Tiere). „95 % der Langschwanzmakaken stammen von außerhalb der EU und werden unter unsäglichen Bedingungen in Ländern wie Mauritius und China für die Tierversuchsindustrie gezüchtet“, weiß Gericke. Affen dieser Art litten vor allem in gesetzlich vorgeschriebenen Giftigkeitsprüfungen (2.605 von 2.875 = 91%) wie sie bei den Auftragslaboren LPT in Hamburg und Covance in Münster durchgeführt werden. Bei der Aufteilung nach Zwecken werden in der offiziellen Statistik ebenfalls nur die eigentlichen Tierversuche angegeben, nicht aber die „zu wissenschaftlichen Zwecken getöteten Tiere“. Den größten Teil beanspruchte wie auch in den Vorjahren die Grundlagenforschung (43%), wobei es einen leichten Rückgang gegenüber 2017 gibt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuche lagen bei 22% und die angewandte Forschung bei 15%, der Rest sind Erhaltung von Kolonien gentechnisch veränderter Tiere, Ausbildung und weitere kleinere Bereiche.

Die Gesamtzahl der genmanipulierten (transgenen) Tiere wird in der offiziellen Statistik mit 973.394 angegeben, wobei ebenfalls die „zu wissenschaftlichen Zwecken getöteten Tiere“ nicht in der Statistik auftauchen, die gerade hier einen großen Teil ausmachen. Als besonders alarmierend sieht der Ärzteverein den Anstieg bei den schwer belastenden Tierversuchen von 115.107 auf 124.702 Tiere (6% der Gesamtzahl). Darunter fallen zum Beispiel die berüchtigten Botox-Tierversuche, die immer noch für jede Produktionseinheit des Nervengifts durchgeführt werden, andere Vergiftungen oder der Tod durch Krebs oder Transplantatabstoßung. Ärzte gegen Tierversuche hatte mit der Überreichung von rund 72.000 Unterschriften 2018 eine Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags erwirkt, mit dem Ziel, wenigstens diesen besonders grausamen Tierversuchen einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben. Das von einem juristischen Gutachten untermauerte und durch EU-Recht ermöglichte Anliegen wurde jedoch kürzlich abgeschmettert.

„Dass trotz eines Booms an modernen tierversuchsfreien Verfahren mit 3D-Mini-Organen und Multi-Organ-Chips Tierversuche weiterhin auf hohem Niveau liegen und sogar zugenommen haben, ist schockierend und ein Armutszeugnis für die Bundesregierung und den Forschungsstandort Deutschland“, erklärt Tierärztin Gericke. Der Verein fordert einen konkreten Ausstiegsplan wie ihn die Niederlande bereits 2016 vorgelegt haben.

Quelle: Ärzte gegen Tierversuche e.V.

<https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/presse/aktuelle-pressemitteilungen/3066-immer-mehr-tierversuche-2-82-millionen-tiere-gequelt-und-getoetet>

Quelle: https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/immer-mehr-tierversuche-282-millionen-tiere-gequelt-und-gettet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20Januar%202020%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter , 9.1.20

Buschbrände in Australien

Feuertornados reißen in einem gewaltigen Sog alles in die Flammen. Um anrückenden Flammen die Nahrung zu nehmen, setzen Feuerwehrleute die verdorrte Vegetation gleich selbst in Brand.

Der Rauch beeinträchtigt nicht nur die Atemluft in den australischen Städten und Gemeinden, er zieht auch Tausende Kilometer hinaus auf den Pazifik.

Seit Beginn der Brände im Oktober 2019 kamen bis Anfang Januar 2020 landesweit 25 Menschen ums Leben. Die Brände zerstörten Tausende Häuser und mehr als 10,3 Millionen Hektar Land - eine Fläche von der Größe Bulgariens.

Die Niederschlagsmenge habe sich während der letzten hundert Jahre im Süden und im Südwesten des Landes deutlich verringert, erklärt Katrin Meissner im Interview. Ein ähnlicher Trend sei in den letzten 30 Jahren im Osten zu erkennen.

Die Waldbrandsaison werde künftig im Frühling beginnen und insgesamt länger dauern. Inzwischen erzeugen die Feuer ihr eigenes Wetter, indem sie so genannte Pyrocumuluswolken bilden, die Gewitter verursachen und durch einschlagende Blitze ihrerseits Feuer entzünden.

Dass Eukalyptus-Wälder brennen, sei normal, sagt die Leiterin des Climate Change Research Centre an der Uni von New South Wales im November 2019 gegenüber dem Deutschlandfunk. Doch inzwischen brennen auch die tropischen Regenwälder im Norden von New South Wales, in Queensland sowie die kalt-gemäßigten Regenwälder in Tasmanien und weiter höher oben in den Bergen. Diese Wälder werden sich auch nicht mehr erholen, befürchtet Katrin Meissner. Und das gibt wirklich Anlass zur Sorge.

Auch Kirsten Thonicke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) glaubt, mit Zunahme extremer Dürren das Risiko für Brände mit 50 bis 60 Meter hohen Flammen künftig zur Regel werden könnten. In vorindustrieller Zeit habe es etwa einmal in 500 Jahren eine extreme Dürre gegeben, erklärt die Wissenschaftlerin. Steige die mittlere Erdtemperatur um ein Grad an, werde das künftig etwa alle 50 Jahre passieren.

Prof. Chris Dickman von der University Sydney schätzt, dass rund 500 Millionen Tiere seit Beginn der Buschbrände allein in New South Wales (NSW) ums Leben kamen. Wenn die Tiere nicht verbrennen, dann verhungern sie oder werden von Wildtieren erlegt. Im Interview mit der BBC räumte der Wissenschaftler ein, dass Kängurus, Emus und Vögel sich von den näher rückenden Feuern in Sicherheit bringen können, wobei auch diese Arten später wegen mangelnder Nahrung oder Obdach vom Tode bedroht sind.

Weil sich die Brände inzwischen von in New South Wales auf Victoria ausgeweitet haben, dürften deutlich mehr Tiere betroffen sein, schätzt der Ökologe Colin Beale von der Universität von York. Zählt man größere Insekten wie Schmetterlinge hinzu, geht die Zahl der getöteten Tiere in die Milliarden, glaubt Andrew Beattie von der Macquarie Universität bei Sydney.

Ein wenig Anlass zur Hoffnung geben die von den Flammen unberührten "Inseln" mitten in den Brandgebieten, auf die sich viele Tiere flüchten. Gebe es genug davon und konnten sich genügend Tiere dorthin retten, glaubt der Wissenschaftler, könnten sich Wälder und Buschgebiete eventuell wieder erholen. Allerdings hängt dies auch von der Niederschlagsmenge der kommenden Monate ab. Auch könnten grabende Reptilien auch bei starken Bränden im Boden überleben, weil der Boden ein guter Wärmeisoliator ist.

Unter anderem starben rund 8.400 Koala-Bären in den Feuern, ein knappes Drittel der Koala-Population in New South Wales. Doch nicht nur die durch Klimaerwärmung ausgelösten Buschbrände, sondern auch die flächendeckende Abholzung von Bäumen zerstören den Lebensraum der Koalas. So werden allein in Ostaustralien jedes Jahr 500.000 Hektar Bäume abgeholzt und damit immer mehr Lebensraum der Koalas zerstört.

Jedes Jahr werden Hunderttausende Hektar Wald gefällt, um Platz für Viehweiden zu machen. Grenzenloses Wirtschaftswachstum geht zu Lasten der Natur: Weniger Wald bedeutet höhere Temperaturen und mehr Wind. Das wiederum fördert die Ausbreitung der Buschfeuer. Gleichzeitig fällt immer weniger Regen.

Wegen anhaltender Dürre ist die landwirtschaftliche Erzeugung innerhalb eines Jahrzehnts auf den niedrigsten Stand gefallen, konstatieren Analysten aus Canberra. Ernteaussfälle, abnehmende Tier- und Pflanzenproduktion sind verantwortlich für sinkende Exporterlöse. So fiel der landwirtschaftliche Produktionswert 2019/20 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent auf knapp 59,4 Milliarden Australische Dollar (entspricht 36,4 Milliarden Euro) - auf den tiefsten Stand seit vier Jahren. Auf den verdorrten Weiden fanden Rinder und Schafe schon vor Einsetzen der Brandsaison kein Futter mehr. Ohne Wasser wächst auch kein Getreide. Tierfutter ist teuer geworden - das zwingt die Farmer dazu, ihre Herden weiter auszudünnen. So wie Adrian Worrell, der seit drei Jahren seine Tiere zufüttert. Der Viehzüchter verkauft ein Rinder nach dem anderen. So lange die Rinder gut genährt sind, bringen sie noch etwas Geld in die Kasse. Andererseits werden die Herden immer kleiner.

Seit Monaten versiegen die Flüsse und trocknen die Böden aus. Stauseen, die eigentlich die Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen sollen, sind auf Tümpelgröße zusammengeschrumpft. Laut Verwaltungschef Roger Bailey enthielt der Stausee nahe der Stadt Coonabarabran im November 2019 noch 200.000 Kubikmeter Wasser - von ursprünglich 1,4 Millionen. In Privathaushalten ist der Wasserverbrauch reglementiert, die Bewässerung von Gärten untersagt.

Weil der Regen ausbleibt, soll nun das Grundwasser die Städte mit Wasser versorgen. Dafür werden immer mehr unterirdische Wasseradern angezapft. Fragt sich, wie lange das Wasser unter der Erde noch reichen wird. Mancherorts ist der Grundwasserspiegel so tief gesunken, dass für einige Städten im Südosten die Wasserversorgung nicht garantiert ist. Auch wurden, um ein Massensterben von Fischen zu vermeiden, Fische aus dem Darling River in große Speichertanks umgesiedelt.

Das mächtige Murray-Darling-Becken ist mit über einer Million Quadratkilometern die größte fruchtbare Region im Südosten. Im nördlichen Bundesstaat Queensland entspringend, durchqueren die Flüsse über eine Länge von 1.400 Kilometer New South Wales und Victoria in Richtung Süden, bevor sie ins Meer münden.

Die Fließgewässer sind nicht nur ökologisch von Bedeutung, sie sind auch die Voraussetzung für Rinder- und Schafzucht, für Gemüse- und Obstanbau. 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte des Landes stammen aus dieser Region. Davon leben zwei Millionen Menschen, inklusive der Menschen und Tiere auf abgelegenen Farmen. Das meiste Wasser verbrauchen allerdings Baumwollplantagen wie Cubbie Station - mit 96.000 Hektar eine der größten Baumwollfarmen der Welt. Die Farm kann bereits im zweiten Jahr wegen Wassermangel keine Baumwolle mehr produzieren. Allerdings sieht der Geschäftsplan des Unternehmens ohnehin vor, dass Baumwolle nur in sechs von zehn Jahren geerntet wird.

Bei der Baumwollproduktion werde ein Großteil des Wasserbedarfs mit Regenwasser abgedeckt, behauptet der Dachverband australischer Baumwollzüchter Cotton Australia. Fakt ist aber, dass in langen Dürrezeiten das Wasser auch den Flüssen entnommen wird. Zudem haben Unternehmen wie Cubbie Station das Recht, große Mengen Wasser in Staubecken zu lagern. Auch dann, wenn weiter flussabwärts immer weniger Wasser ankommt.

Denn die großen Investoren erhalten Wassernutzungsrechte im Wert von Hunderten Millionen Dollar. Wenn der Preis am höchsten ist, werden die Lizenzen verkauft. So wird Wasser zum lukrativen Handelsgut.

Eine weitere Gefahr ist die Versalzung der landwirtschaftlichen Böden. Unter vielen Äckern in zehn bis 20 Metern Tiefe liegen salzhaltige Gesteinshorizonte. Wegen ungeeigneter Bewässerungsmethoden löst sich das Salz vom Grundwasser und wird an die Oberfläche transportiert. Darunter leidet vor allem die Bodenfruchtbarkeit. Nur der Anbau salztoleranter Pflanzen, könnte helfen, diesen Trend umzukehren.

Ungeachtet dessen betreibt Premierminister Morrison weiter seine ehrgeizige Kohle-Politik. Der wirtschaftliche Aufschwung Australiens gründe sich auf dem Abbau von Bodenschätzen, wird er nicht müde zu erklären.

Dabei verweist er auf den scheinbar geringen Anteil von 1,3 Prozent Treibhausgas-Emissionen. Doch berücksichtigt man die Emissionen der exportierten Kohle, liegt Australiens globale CO₂-Bilanz einer Analyse der Umweltorganisation Australian Conservation Foundation zufolge bei fünf Prozent.

Nun will der indische Konzern Adani eine gigantische Kohlegrube in Queensland im Nordosten des Landes in Betrieb nehmen, denn dort liegt das potenziell größte Kohlevorkommen der Welt. Die Kohle soll per Zug zu einem Hafen gebracht und dann über das darunter sterbende Great Barrier Reef hinweg verschifft werden. Seit Kurzem ist es dem Konzern sogar erlaubt, für den Bau der Mine Wasser aus dem Artesischen Becken pumpen.

Der Kohle-Abbau wird das stark ausgebleichene Great Barrier Reef - Lebensraum für Delfine, Wale, Seekühe, Meeresschildkröten, Krokodile, Rochen, Stachelschnecken, Seefedern, viele exotische Fischarten sowie Weißbauchseeadler - weiter unter Druck setzen. Darüber hinaus bedrohen die Gas- und Ölförderung die exotische Tier- und Pflanzenwelt in marinen Schutzgebieten wie dem Great Australian Bight Marine Park. Es könnte sein, dass die Feuersbrünste das Ende der Kohlepolitik bereits einläuten. Denn die Stimmung in der Bevölkerung kippt. Die Begeisterung für die Kohle lässt spürbar nach. Der Zusammenhang von Klimawandel, Trockenheit und verbrannten Landschaften wird den meisten Australiern immer offensichtlicher. Die Proteste nehmen zu, nicht nur bei Schülern und Umweltschützern, auch Unternehmenschefs fordern die Regierung zur Kehrtwende in ihrer Klimapolitik auf.

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Verbrannte-Erde-ein-Kontinent-in-Aufbruch-4632933.html?seite=all>

https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/verbrannte-erde-ein-kontinent-in-aufbruch.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20Januar%202020%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.01.2020